Grussadresse des ZK der KPD/ML zum 55. Jahrestag der Gründung der KP Chinas

Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 27 vom 3. Juli 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Streiks und Demonstrationen gegen faschistische Gierek-Clique

Es lebe der revolutionäre Kampf der polnischen Arbeiterklasse!

Am 24. Juni kündigte der polnische Ministerpräsident Jaroszewicz in einer im Fernsehen übertragenen Rede der polnischen Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen Polens drastische Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel an. So sollte beispielsweise der Preis für Fleisch um durchschnittlich 69%, für Schinken um 50%, für Speisefette um 50%, für Geflügel um 69% und der durchschnittliche Preis für alle Lebensmittel um 30% erhöht werden. Das Kilo Zucker sollte nach dem Willen der polnischen Revisionisten gleich um 100% von ca. 10 Zloty (1,30 DM) auf 20 Zloty (2,50 DM) steigen. Die polnische Arbeiterklasse hat diesen Plänen der revisionistischen Clique um Gierek aber einen Strich durch die Rechnung gemacht. Die polnischen Arbeiter erhoben sich zum Kampf, zur offenen Rebellion gegen die Ausbeuterherrschaft der neuen polnischen Bourgeoisie und zwangen sie zum Rückzug. Kaum waren 24 Stunden vergangen, da nahm Jaroszewicz im Fernsehen die Preiserhöhungen zurück.

Den Berichten zufolge, die trotz der Nachrichtensperre, die die polnischen Revisionisten sofort verhängten, in den Westen gelangten, erhoben sich die polnischen Arbeiter im ganzen Land. In vielen Fabriken traten die Arbeiter in den Streik, um gegen die geplanten Preiserhöhungen zu demonstrieren.

In Radom, ca. 80 km südlich von Warschau zündeten die empörten Volksmassen das Büro der revisionistischen Partei an. Ein Reisender aus der Bundesrepublik, der sich bis zum Freitag, 25. Juni in Gdansk aufgehalten hat, berichtete, daß die Arbeiter der Werften, die Vorhut des Kampfes der polnischen Arbeiter in den Dezembertagen 1970, geschlossen in den Streik getreten waren. Die Straßen der Städte Gdansk, Sczeczin (Stettin) waren Schauplatz machtvoller Demonstrationen der Arbeiter. Wie der Augenzeuge berichtete, hetzte auch diesmal die Revisionistenclique ihre Polizei gegen die demonstrierenden Arbeiter und ließ sie brutal auseinanderknüppeln. Die Polizisten waren schon zwei Wochen zuvor durch eine Lohnerhöhung entsprechend vorbereitet worden. Der Augenzeuge berichtet weiter, daß die Werften voll waren von Polizei und Geheimpolizei, die gleichzeitig verschärfte Kontrollen in den Straßen durchführten. So wurde auch er angehalten und mußte ein Päckchen, das er bei sich trug, öffnen. In dem Warschauer Vorort Ursus streikten die Arbeiter der Traktorenfabrik. Sie brachten den internationalen Schnellzug Paris-Warschau zum Stehen und demontierten die Schienen und Schwellen vor und hinter dem Zug. Sie erklärten: „In ganz Polen wird gestreikt. Der D-Zug wird erst weiterfahren, wenn die Preismaßnahmen zurückgenommen werden." Die revisionistische, sozialfaschistische Gierek-Clique schickte auch diesmal Polizei und Armee, um die Arbeiter einzuschüchtern und ließt den Vorort Ursus vollständig von Truppen umstellen.

Der Terror der revisionistischen Polizei, das Netz der Spitzel und Geheimagenten in den Betrieben hat nicht verhindern können, daß die Streiks und Demonstrationen der polnischen Werktätigen fast gleichzeitig überall im Land losbrachen. Wie groß die Solidarität unter den Werktätigen war, zeigen unter anderem auch Solidaritätsbummelstreiks der Kellner in den Lokalen und Restaurants, gegen die die Gierek-Clique nicht einzuschreiten wagte.

Die großartigen Kämpfe der polnischen Arbeiter erinnern an die Dezembertage 1970, als sich die Arbeiter der polnischen Ostseeküste zum Kampf gegen das Regime Gomulkas und mit der „Internationale" und dem Ruf nach der Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats auf den Lippen auf die Strasse gingen. Nachdem die polnische neue Bourgeoisie diese Rebellion mit der Hilfe der russischen Sozialimperialisten durch ihre Panzer blutig niedergeschlagen hatte, ließ sie Gomulka fallen wie eine heiße Kartoffel und setzte an seine Stelle Gierek, der versprach, nun werde „alles anders werden".

Fortsetzung auf Seite 3, Sp. 4



1970: Kämpfende Arbeiter von Sczeczin (Stettin)

Wahlen in Italien

Kein Ausweg aus der Krise

In Italien sind die Parlamentswahlen zu Ende gegangen. Mit 38,7% der Stimmen für das Abgeordnetenhaus und 38,9% für den Senat blieben die „Christlichen Demokraten" die stärkste Partei. Die höchsten Stimmengewinne jedoch errangen die modernen Revisionisten Berlinguers. Sie bekamen 34,4% der Stimmen für das Abgeordnetenhaus und 33,8% der Stimmen für den Senat. Das entspricht einem Zuwachs von 6-7%. Angeblich sollten die italienischen Parlamentswahlen das Tor zum Weg aus der tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise öffnen, in der das Land seit langem steckt. In Wirklichkeit hat die Wahl jedoch keines der schweren Probleme gelöst, die auf den italienischen werktätigen Massen lasten.

Die Christdemokraten, Sozialisten, Republikaner und auch die modernen Revisionisten hat nicht im geringsten die Sorge um die Not der Massen interessiert, sondern ihre einzige Sorge war und ist, wie die Macht der Bourgeoisie gefestigt und ihre Herrschaft gesichert werden kann. Ihr Ziel war es, die werktätigen Massen mit dem „parlamentarischen Weg aus der Krise" zu betrügen, um die Folgen der Wirtschaftskrise um so besser auf ihren Rücken abwälzen zu können. Dies wurde nach den Wahlen von den Kommentatoren der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Parteien in Italien und anderen westeuropäischen Ländern auch ganz offen ausgesprochen. So erklärte der Kommentator der „Welt", das Gebot der Stunde sei jetzt „Festigkeit oben" und „Verzicht unten". Berlinguer, der Chef der italienischen Revisionisten ging so weit, zu behaupten: „In diesem Augenblick muß mehr denn je die Spaltung des Landes vermieden werden". Das zeigt klar, wie die italienischen Revisionisten versuchen, die tiefen Klassenwidersprüche in Italien zu verkleistern und wie sie die Anstrengungen, die die italienische Monopolbourgeoisie unternimmt, um die Folgen der Krise auf den Rücken der werktätigen Massen abzuwälzen unterstützen.

In Italien haben in diesem Jahr die politischen Erschütterungen, die politische Korruption in den höchsten Kreisen und die Unsicherheit in Bezug auf die Zukunft wie nie zuvor zugenommen. 1975 war das Nationalprodukt um 3,7% niedriger als ein Jahr zuvor. Das Defizit im Staatshaushalt erreichte

Fortsetzung auf Seite 10, Sp. 3

"Wahlprüfsteine" des DGB

Propaganda für den bürgerlichen Wahlbetrug

Aus Anlaß der bevorstehenden Bundestagswahlen haben die DGB Führer jetzt sogenannte "Wahlprüfsteine des DGB" veröffentlicht, mit denen sie dafür sorgen wollen, daß die Arbeiter und Angestellte ,,eine richtige Einstellung" zur Wahl finden. Der Hintergrund ist folgender. Immer mehr verliert das bürgerliche Wahltheater und der bürgerliche Parlamentarismus unter den werktätigen Massen an Überzeugungskraft. Zwar machen die meisten noch den Gang zum Wahllokal. Jedoch ohne sich große Hoffnungen zu machen, vielmehr mit wachsenden Zweifeln über Sinn und Nutzen des ganzen Wahlspektakels. Diesem „Mangel an staatsbürgerlichem Engagement" wollen die DGB-Bonzen durch ihre ‚Wahlprüfsteine" entgegenwirken, denn er bereitet den westdeutschen Imperialisten ein ziemliches Unbehagen.

Die Monopolbourgeoisie Westdeutschlands weiß, daß sie ihre Profit- und Machtinteressen nur wahrnehmen kann, wenn sie künftig die Ausbeutung der Arbeiter und die Ausplünderung der Werktätigen noch mehr verschärft. Um den wachsenden Widerstand dagegen im Zaum zu halten und um den revolutionären Klassenkampf zu unterdrücken, muß sie die Faschisierung und die politische Unterdrückung vorantreiben und verschärfen. Um so mehr bereitet es den Herren Sorge, wenn die Glaubwürdigkeit der vielgepriesenen parlamentarischen Demokratie in Frage gestellt wird, wenn die Zweifel an den „demokratischen Spielregeln" und an den „Werten und Normen des demokratischen Rechtsstaates" wachsen und wenn zunehmend mehr werktätige Menschen den Stiefelschaft der kapitalistischen Diktatur unter dem demokratischen Gewand erkennen.

Das Eingreifen des DGB-Apparates in den Bundestagswahlkampf ist deshalb darauf ausgerichtet, das angeknackste Vertrauen unter den ausgebeuteten und unterdrückten werktätigen Massen in die „demokratischen Institutionen" und in den bürgerlichen Parlamentarismus wieder zu kitten und möglichst viele Arbeiter und kleine Angestellte zu einem "aktiven Wahlverhalten" zu bewegen. So hat Loderer die Leser der IGM-Metall-Zeitung „Metall" aufgerufen, anhand des Forderungskatalogs der „Wahlprüfsteine", „die politischen Parteien auf allen Ebenen mit den Zielen und Interessen der

Fortsetzung auf Seite 5

AUS DEM INHALT

Heuchelei Bonns kann nicht vertuschen

Schmidt- Hand in Hand mit Vorster

Der Rassist Vorster ist wieder aus der Bundesrepublik abgereist. Während auf den Veranstaltungen mit den Vertretern des „Pan Africanist Congress of Azania – PAC“, bei Demonstrationen in Bonn, Bodenmais und Hamburg tausende von Menschen forderten: „Rassist Vorster raus aus Deutschland!“ und sich Kissinger und Vorster angesichts der wachsenden Empörung in den Bayrischen Wald verkriechen mußten, drückten Schmidt und Genscher diesem Verbrecher und seinem Außenminister in Bonn die Hand.

Schmidt selbst und die gesamte bürgerliche Presse haben die Sache so hinzustellen versucht, als ob ihnen dieser Besuch aufgezwungen worden wäre. Besonders angesichts des blutigen Terrors des südafrikanischen rassistischen Regimes in Soweto sparten sie nicht mit heuchlerischen Anklagen und Verurteilungen der rassistischen Politik Vorsters. So heißt es in einer offiziellen Stellungnahme der Bundesregierung, daß die Ereignisse von Soweto als eine „ernste, nicht zu übersehende Warnung an alle Verantwortlichen“ betrachtet werden müßten, „die notwendigen Reformen für ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben eben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Südafrika nicht länger hinauszuschieben.“ Bundesminister Bahr sprach sogar davon, bestimmte Befreiungsbewegungen finanziell zu unterstützen.

Alle diese Äußerungen bedeuten aber keineswegs, daß der westdeutsche Imperialismus seinen Charakter geändert und nun plötzlich zu einem Freund der unterdrückten Völker des südlichen Afrika geworden ist. Das Auftreten der westdeutschen Imperialisten entspricht genau der konterrevolutionären Doppeltaktik, die sie seit einiger Zeit gegenüber den Ländern der Dritten Welt eingeschlagen haben: in der Maske des Freundes, des Anwalts der Unterdrückten aufzutreten, um den Befreiungskampf der Völker zu unterminieren und auf der anderen Seite den rassistischen, reaktionären und faschistischen Regimes alle erdenkliche Hilfe und Unterstützung zu geben.

Die offene Komplizenschaft Bonns mit dem Rassistenregime ist von den Völkern Afrikas schon oft angeprangert worden. Durch ihre heuchlerischen Worte wollen die westdeutschen Imperialisten die Völker Afrikas täuschen, sich ihnen als Freund und Vermittler anbieten, um ihren Einfluß in Afrika auszudehnen. Zugleich versuchen sie auf diese Weise die Befreiungsbewegungen des südlichen Afrika zu infiltrieren, sich ergebene Lakaien zu schaffen, um den Befreiungskampf der Völker von Azania (Südafrika), Namibia und Zimbabwe (Rhodesien) abzuwürgen. Es ist die gleiche Taktik, die auch die amerikanischen Imperialisten Kissinger bei seiner Afrikareise verkünden ließen und die er jetzt anläßlich seiner Gespräche mit Vorster erneut bekräftigt hat.

Selbstverständlich denken die westdeutschen Imperialisten keinen Moment daran, ihre direkte Hilfe für das rassistische Regime einzustellen. Schmidt selbst erklärte, daß ein Wirtschaftsboykott Südafrikas nicht in Frage kommt. Heuchlerisch erklärte er, die Regierung könne die westdeutschen Unternehmen nicht zwingen, nicht mehr in Südafrika zu investieren. Wie steht es aber dann mit dem Regierungskonzern VW? Mit den staatlich garantierten Anleihen und Krediten für das Vorster-Regime? Ganz abgesehen davon will Schmidt lediglich vertuschen, daß seine Regierung, wie die jedes kapitalistischen Landes nichts anderes ist, als das Instrument der westdeutschen Monopole, die deren Politik der Ausplünderung und Unterdrükkung anderer Völker durchzuführen hat und das selbstverständlich auch tut. Die westdeutschen Imperialisten und ihre Regierung, wie immer sie auch heißen mag, sind Feinde der unterdrückten Völker, Feinde der Völker von Azania, Namibia und Zimbabwe, auch wenn sie in der Maske eines angeblichen Freundes auftreten.

In Zusammenhang mit der Reise Vorsters in die Bundesrepublik hat die bürgerliche, vor allem aber die revisionistische Presse den „African National Congress – ANC“ als den wahren Vertreter des Volkes von Azania präsentiert. Der ANC ist eine der Organisationen, die Bundesminister Bahr finanziell unterstützen will. Das ist kein Zufall. Seit langem schon hat die revisionistische Partei Südafrikas, die „K“PSA, den ANC infiltriert. Immer versucht der ANC den Kampf des Volkes von Azania auf den „Ausgleich“ mit den Rassisten zu orientieren und gleichzeitig dem russischen Sozialimperialismus die Tür nach Südafrika zu öffnen. Es ist klar, daß auch die westdeutschen Imperialisten ihre Hoffnungen auf den ANC und seine Führung setzen.

Die Kämpfe in Soweto und in anderen Teilen des Landes haben aber gezeigt, daß das Volk von Azania entschlossen ist, den Kampf für seine Befreiung selbst in die Hand zu nehmen, das rassistische Regime zu stürzen und die Imperialisten zu verjagen.

Allon in Bonn

Komplotte gegen das Volk von Palästina

In der vergangenen Woche hat sich der Außenminister der israelischen Zionisten, Allon, drei Tage lang zu einem offiziellen Besuch in Bonn aufgehalten. Er wurde dabei unter anderem von Bundesaußenminister Genscher empfangen. Der Besuch Allons in Bonn zeigt erneut die engen Beziehungen des westdeutschen Imperialismus zu den israelischen Zionisten und richtete sich direkt gegen die arabischen Völker und besonders gegen das palästinensische Volk.

Dies wurde schon in den ersten offiziellen Veröffentlichungen über den Besuch deutlich. Genscher betonte, daß die westdeutschen Imperialisten alles daransetzen würden, die arabischen Staaten für die Anerkennung der „notwendigen Existenz“ Israels zu bringen. Das aber ist den Bestrebungen und dem Kampf des palästinensischen Volkes direkt entgegengesetzt. Das palästinensische Volk kämpft dafür, den israelischen zionistischen Staat zu zerschlagen, denn dieser Staat wurde auf den Trümmern der palästinensischen Dörfer gegründet Seine Entstehung war verbunden mit der Vertreibung Tausender von Palästinensern aus ihrer Heimat, der rassistischen Unterdrückung der Araber im Land selbst, als Stützpunkt des Imperialismus im Nahen Osten. Nur durch seine Zerschlagung kann das palästinensische Volk seine Freiheit erkämpfen, kann ein demokratisches, antiimperialistisches Palästina gebildet werden, in dem Juden, Christen und Mohammedaner einträchtig nebeneinander leben. Deshalb kann das palästinensische Volk das Existenzrecht Israels niemals anerkennen. Genschers Aufforderung an Israel, beide Seiten müßten „Zugeständnisse“ machen, ist nichts anderes als eine Falle, um den Kampf des palästinensischen Volkes um so besser niederschlagen zu können.

Zugleich vereinbarten Genscher und Allon im Rahmen der 1. Sitzung der „Deutsch-Israelischen Wirtschaftskomission“, eine weitere finanzielle Unterstützung der westdeutschen Imperialisten für das zionistische Regime. Die westdeutschen Imperialisten, die auch bisher schon – neben den USA-Imperialisten – zu denen gehörten, die am meisten Geld und auch Waffen nach Israel gepumpt haben, verstärken jetzt also ihre Hilfe. Das zeigt besser als alle Worte, daß die westdeutschen Imperialisten an der Seite des reaktionären israelischen Regimes gegen die arabischen Völker stehen.

Durch reaktionäre Hetze vorbereitet

Neues Gesetz gegen revolutionären Klassenkampf

Am 23.6. hat der Bundestag das sogenannte „Anti-Terroristengesetz“ verabschiedet. Nach diesem Gesetz wird die Bildung einer sogenannten „terroristischen Vereinigung“, die Mitgliedschaft in ihr, bzw. ihre Unterstützung mit Gefängnisstrafen bestraft. Ja, strafbar macht sich bereits, wer von der Bildung oder der Existenz einer solchen Vereinigung etwas weiß und nicht Anzeige erstattet. Strafbar macht sich auch, wer „verdächtig“ ist, eine solche Vereinigung bilden zu wollen. Gleichzeitig verschärft das Gesetz die Bestimmungen über den Ausschluß von Verteidigern und die Überwachung von Verteidigerbesuchen.

Ein, zwei Tage vor Verabschiedung dieses Gesetzes im Bundestag hatte Bundesanwalt Buback, unterstützt von seitenlangen Hetzartikeln der bürgerlichen Presse entsprechend Stimmung gemacht: die „Terroristen“ seien eine Gefahr für den Bürger, diese Gefahr werde in den nächsten Jahren noch größer sein als zwischen 1972 und 1975 usw. usf.

Diese Propaganda ist so verlogen wie der Name des Gesetzes. Mal abgesehen davon, daß sich der „Terror“, von dem die Bourgeoisie hier spricht, niemals gegen das Volk richtet, benutzt die Bourgeoisie den „Terrorismus“ als Buhmann, um das wahre Ausmaß der Faschisierung zu vertuschen. Zwar wendet die Bourgeoisie dieses wie auch eine Reihe anderer Gesetze zur „inneren Sicherheit“ momentan nicht voll gegen die Werktätigen an. Daß sie es aber in einer Zeit verschärfter Klassenkämpfe tun wird, zeigt allein die Tatsache, daß der § 129, den die Bourgeoisie einen Paragraphen gegen Diebes- und Mörderbanden nennt, nach dem aber in Wirklichkeit Genossen der RAF verfolgt wurden, auch gegen eine Gruppe von Jugendlichen eingesetzt wurde, die in Hamburg ein Haus besetzten.

Offen gesagt ...

Nur 24 Stunden!

24 Stunden waren genug, um den Plan der polnischen Regierung, dem polnischen Volk Milliarden Zloty zu rauben, zu zerfetzen. 24 Stunden waren genug, um die trügerische Hoffnung der Gierek-Clique zu zerschlagen, sie könne mit Panzern, Maschinengewehren und Meuchelmord, mit Demagogie und Betrug die polnische Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen Polens mit der revisionistischen Ausbeuterherrschaft versöhnen. 24 Stunden waren genug, um der gesamten Welt die Verhältnisse in Polen im scharfen Licht des Klassenkampfes zu zeigen: die ausgebeutete und unterdrückte, aber kraftvolle und revolutionäre Arbeiterklasse und die ausbeutende und unterdrückende, aber in ihrer Angst jämmerliche revisionistische Gierek-Clique.

Aber diese 24 Stunden, in denen die polnische Arbeiterklasse die Faust erhob, erschütterten nicht nur das polnische Revisionistenregime. Sie ließen auch das Lügengebäude der D„K“P und aller anderen revisionistischen Parteien über den „krisenfreien Sozialismus“ Marke Moskau, Prag, Budapest, Warschau usw. wie ein Kartenhaus zusammenfallen. 24 Stunden haben die modernen Revisionisten als erbärmliche Lügner entlarvt.

In den Juni-Ausgaben der Betriebs- und Stadtteilzeitungen der D„K“P findet sich ein Artikel mit der Überschrift „Nachhilfestunden für Helmut Schmidt“. Die D„K“P benutzt hier die Lügen Schmidts über die „Stabilität“ in der Bundesrepublik, sein chauvinistisches Gerede über den guten Platz, den die Wirtschaft der Bundesrepublik im Vergleich mit anderen westlichen Ländern habe, um dagegen die revisionistischen Länder hochzujubeln. Wörtlich heißt es: „Einige Beispiele: In der DDR – einem Nachbarland – gibt es keine Preistreibereien. In der CSSR – einem Nachbarland – ebenso nicht. Und so ist es in allen sozialistischen Ländern.“

Im gleichen Monat, am 24. 6. 76, gibt der polnische Ministerpräsident Preiserhöhungen zwischen 30% und 100% bekannt. Die polnische Arbeiterklasse erhebt sich in einer machtvollen Aktion. Wiederum einen Tag später nimmt der polnische Ministerpräsident die Preiserhöhungen zurück.

Wiederum einen Tag später, am 26. 6. 76, erscheint in der „UZ“ ein Artikel über die Preiserhöhungen in Polen. Diese Preiserhöhungen werden ausdrücklich begrüßt. Sie werden gerechtfertigt mit den angeblich gestiegenen Löhnen, sie werden gerechtfertigt mit der Zustimmung der polnischen Gewerkschaften, sie werden in Verbindung mit gleichzeitig versprochenen sogenannten „Teuerungszulagen“ geradezu als Einkommenserhöhung angepriesen.

Daß diese Preiserhöhungen – trotz Zustimmung der Gewerkschaften, trotz angeblich gestiegener Löhne, trotz versprochener „Teuerungszulagen“ – bereits zurückgenommen sind, bleibt unerwähnt. Unerwähnt wie die Kämpfe der polnischen Arbeiterklasse, die die Regierung zu diesem Schritt zwangen.

Auf dieses Schweigen sollte jeder Arbeiter aufmerksamer hören, als auf alles Reden der D„K“P. Denn es ist das klare Eingeständnis, daß die polnische Arbeiterklasse auch der D„K“P die Maske der vorgeblichen „Arbeiterpartei“ vom Gesicht gerissen und ihren arbeiterfeindlichen, sozialfaschistischen Charakter entlarvt hat.

Sicher wird auch die D„K“P nicht im Schweigen verharren, sondern in die Hetze ihrer polnischen Kumpanen von „Vandalismus“, „Anarchismus“ usw. einstimmen. Sollen sie hetzen. Die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse gehört den polnischen Klassenbrüdern, die sich heldenhaft gegen Ausbeutung und faschistische Unterdrückung erhoben haben. Ihr Haß gilt der sozialfaschistischen Gierek-Clique – und all ihren Kumpanen. Eingeschlossen die D„K“P.

Kurz berichtet

BONN

Am 22.6. fand in Bonn ein zentraler Sternmarsch des VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaften) statt (s. RM Nr. 25). Der KSB/ML hatte aufgerufen, sich nicht an dieser Demonstration zu beteiligen. Stattdessen wurden vom KSB/ML entlang der Demonstration Flugblätter verteilt, in denen diese Demonstration als Betrugsmanöver am Kampf der Studenten entlarvt und der revolutionäre Weg des Kampfes für die Interessen der Studenten gezeigt wurde. Diese Flugblätter wurden von einer Reihe Studenten interessiert aufgenommen.

BREMEN

DIE ROTE FRONT

In Bremen erschien jetzt die erste Nummer der Zeitung der KPD/ML für die Krankenhäuser in Bremen „Die Rote Front“. Die erste Nummer beginnt mit einem Artikel, in dem sich die neue Zeitung den Kollegen vorstellt. Sie enthält unter anderem außerdem je einen Artikel zum Gesundheitswesen im Kapitalismus und im sozialistischen Albanien.

KONSTANZ

In Konstanz hat jetzt zum ersten Mal ein „Roter Morgen“-Leserkreis stattgefunden, der in Zukunft regelmäßig weitergeführt werden soll. Die versammelten Freunde und Genossen meinten, daß dies die richtige Antwort auf die Prozesse gegen den „Roten Morgen“ ist.

STUTTGART



In Stuttgart erschien Mitte Mai die erste Nummer der Stadtteilzeitung „Die Fackel“. Die Zeitung wurde in denjenigen Gebieten des Stuttgarter Ostens gesteckt, in denen die Partei schon länger arbeitet (siehe auch S.5, Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen).

STOLBERG

Am 13. Juni fand in der belgischen Kaserne in Stolberg ein „Tag der offenen Tür“ statt, bei dem mit Tanz, Ponyreiten, Kinderfest usw. für die Nato geworben wurde. Vor und in der Kaserne wurden Flugblätter der KPD/ML und der ROTEN GARDE gegen diese Militaristenschau verteilt.

KÖLN

Anläßlich der Diphterie-Fälle in einem Kölner Kinderheim fand jetzt in Köln eine Veranstaltung zum Gesundheitswesen statt. Rund 45 Besucher waren gekommen, darunter sehr viele, die noch nicht in der Partei oder der ROTEN GARDE organisiert sind. Es sprach der kommunistische Arzt W. Gedeon. Außerdem berichtete ein Pfleger aus dem betreffenden Kinderheim. Auf der Veranstaltung wurden 90 DM zur medizinischen Betreuung der politischen Gefangenen gesammelt.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Hamburg Druck: Alpha-Druck GmbH, 46Dortmund Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für 1 Jahr, 15,--1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Artikel aus Zeri i Popullit

Die polnische Arbeiterklasse im Streik

Erneut und mit neuer Wucht brachen in Polen die Empörung und der Haß der Arbeiter und der breiten werktätigen Massen gegen die volksfeindliche und antinationale Politik der herrschenden revisionistischen Gierek-Clique aus. Am Freitag stellten Tausende Arbeiter des Traktorenwerks Ursus in der Peripherie Warschaus aus Protest die Arbeit ein und traten gegen die Verteuerung der Lebenshaltungskosten, gegen den starken Mangel an Lebensmitteln und gegen die Preiserhöhungen in den allgemeinen Streik.

Dem großen Streik und der machtvollen Demonstration der Arbeiter des Traktorenwerkes Ursus schlossen sich unverzüglich 15 000 Arbeiter des Automobilwerkes Zeran in den Randbezirken Warschaus an. Laut Agenturmeldungen kam es auch in Szczecin und Gdansk an der Ostseeküste und in ganz Polen zu Protestbewegungen und Streiks der Arbeiter.

Erschreckt durch den Haß des Volkes und die immer höher schlagenden Wogen der Empörung der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Massen Polens setzte die herrschende Revisionistenclique unverzüglich Polizeiabteilungen ein, die die Straßen zu den obenerwähnten Werken absperrten, um auf die Arbeiter Druck auszuüben, ihren Streik zu isolieren und seine Ausweitung auf weitere Industriewerke und Gebiete zu verhindern.

Der Anlaß für diese Welle der Empörung der Arbeiterklasse war die Forderung der Revisionistenchefs im polnischen Sejm, die Lebensmittelpreise weiter zu erhöhen. In diesen Maßnahmen der Gierek-Clique liegt aber nicht allein die hauptsächliche Ursache für den Ausbruch der tiefen Unzufriedenheit. Der Ausbruch der Revolte des Volkes ist auf die seit Jahren in Polen angehäufte Unzufriedenheit zurückzuführen, die eine Folge des konterrevolutionären politischen Kurses der Revisionistenclique ist, der Polen in eine schwere Wirtschaftskrise gestürzt hat, in die gleiche unheilbare Krise, die die gesamte kapitalistische und revisionistische Welt ergriffen hat.

Durch die Ereignisse von Gdansk, Gdynia und Fopport stürzte die polnische Arbeiterklasse Gomulka. Die Gierek-Clique ist jedoch eine treue Nachfolgerin Gomulkas. Sie hat die kapitalistische Entartung der Wirtschaft und des gesamten politisch-gesellschaftlichen Lebens vorangetrieben. Sie hat die neue Bourgeoisie auf Kosten der breiten werktätigen Massen Polens reicher gemacht und die Unterwerfung Polens unter die sozialimperialistischen Oberherren in der Sowjetunion verstärkt. Sie hat politische und wirtschaftliche Abkommen mit dem US Imperialismus und dem westdeutschen Revanchismus abgeschlossen und dem Eindringen ausländischer Monopole in die polnische kapitalistische Wirtschaft den Weg gebahnt.

Das Leben hat voll und ganz die Voraussagen unserer Partei bestätigt. In einem Artikel unserer Zeitung „Zeri i Popullit" vom 23. Dezember 1970 hieß es, daß die Gierek-Clique genau wie die Gomulkas auch den volksfeindlichen Weg beschreiten werde. Dieser Kurs, die Plünderung der Nationalreichtümer Polens durch die russische Metropole, seine Besetzung durch die Divisionen der Neuen Zaren haben zu einer immer schwierigeren Lage mit verheerenden Auswirkungen für das polnische Volk geführt.

Zahlreiche Tatsachen gibt es, die diese Wahrheit bekräftigen. Während in mehreren Sektoren der Industrieproduktion ein Rückgang verzeichnet wurde, war die Produktion von Brotgetreide im Jahr 1975 um 6,1% geringer als ursprünglich vorgesehen. In der Zeitspanne 1975/76 sah sich Polen genötigt, aus den USA und anderen Ländern über 7 Millionen Tonnen Brotgetreide einzuführen, was zur Erhöhung seines Außenhandelsdefizites führte. Derzeit hat die Inflation in Polen 15% erreicht. Sie liegt also höher als die Inflationsraten einiger kapitalistischer Länder Westeuropas. Das Handelsdefizit Polens erreichte bereits im Vorjahr mehr als 2 Milliarden Dollar. Es hat sich in zwei Jahren verdoppelt.

Die Schwierigkeiten der tiefen Wirtschaftskrise wälzen die polnischen Revisionistenchefs, so wie es in allen kapitalistischen Ländern gang und gäbe ist, auf die breiten werktätigen Massen ab. Dadurch erhöhen sich die Lebenshaltungskosten ständig. 1974 stiegen sie für eine mittlere polnische Familie um 5%. Und 1975 erhöhten sie sich erneut um 2 bis 3,5%. Und darauf folgte nun die Forderung der Warschauer Revisionistenchefs im polnischen Sejm, die Preise weiter zu steigern.

Die polnische Arbeiterklasse aber zog erneut zu Felde. „Von den Wogen des Hasses eingeschlossen", heißt es in „Zeri i Popullit ferner, „und aus Angst, daß es zu einem ähnlichen Sturm wie im Dezember 1970 kommen könnte, als die polnischen Arbeiter an der Ostseeküste, ohne vor der Gomulka-Polizei und den Panzern Breschnews zurückzuschrecken, sich in den Kampf warfen, sahen sich die polnischen Revisionistenchefs gezwungen, in aller Eile zu manövrieren. Sie bedienten sich der bekannten Taktik der Bourgeoisie: der des Henkers, der mordet, und des Pfaffen, der betrügt. Unter dem Druck der Arbeiterklasse mußte sie vom Sejm verlangen, den Beschluß über die weitere Erhöhung der Preise momentan zu annullieren.

Dieses Manöver kann jedoch die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen Polens nicht betrügen. Die in Polen entstandene Lage, das Lebens selbst, überzeugt immer mehr davon, daß die zeitweiligen Versprechungen der polnischen neuen Bourgeoisie von einer Verbesserung der Lebensbedingungen, einer Stabilisierung der Preise, Versprechungen, die auch auf dem letzten Parteitag im Dezember wiederholt wurden, nur auf dem Papier blieben. Die polnischen Werktätigen erkennen jetzt immer deutlicher, daß der Ursprung des Übels im politisch-gesellschaftlichen System des Landes selbst liegt und daß man keineswegs darauf hoffen kann, die Lage dadurch zu verbessern, daß man eine revisionistische Mannschaft durch eine andere ersetzt. Man muß das machthabende System stürzen.

Diese Ereignisse zeigen der Arbeiterklasse, daß sie nur, wenn sie zu Felde zieht, und von den aufrechten Revolutionären der Kommunistischen Partei Polens geführt wird, ihre Bestrebungen verwirklichen kann, das Ausbeuter- und Unterdrückersystem der Bourgeoisie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats wieder zu errichten."

„Daß, was diesmal in Warschau geschah", heißt es abschließend in dem Artikel der Zeitung „Zeri i Popullit", „beweist, daß die polnische Arbeiterklasse, das polnische Volk, ihren revolutionären Traditionen, für die die Ideale der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit, der Revolution und des Sozialismus sehr teuer sind, sich nicht betrügen und sich auch nicht einschüchtern läßt, sondern den Mut hat, gegen die Bourgeoisie zum Angriff anzutreten. Diese Ereignisse sind nicht nur ein weiterer Beweis für die tiefe Krise, die der polnische Revisionismus durchmacht, sondern auch ein Hinweis auf die allgemeine Krise, die den sowjetischen Revisionismus, das verhaßte System in der Sowjetunion und die sozialimperialistische Herrschaft in den Gouvernements des russischen Imperialismus in den Ländern Osteuropas festsetzt. Gleichzeitig beweisen die Ereignisse in Polen erneut, daß es dort wo Ausbeutung und Unterdrückung herrscht, auch Haß und Widerstand gibt, den keine Kraft auf der Welt aufzuhalten vermag.

(Aus Zeri i Popullit, Zentralorgan der Partei der Arbeit Albaniens)

Es lebe der revolutionäre Kampf der polnischen Arbeiterklasse

Fortsetzung von Seite 1

Aber wie kann das sein? Im Polen von heute herrschen nicht die Arbeiter und Bauern, sondern eine neue Ausbeuterklasse auf dem Rükken der Arbeiter und Bauern – die revisionistische polnische neue Bourgeoisie, die Polen zudem in eine Kolonie der russischen Sozialimperialisten verwandelt hat. Die bürgerliche Presse hier bei uns behauptet, der Kampf der polnischen Arbeiterklasse sei gegen den Sozialismus und die Kommunisten gerichtet. Aber in Polen ist der Sozialismus längst zerstört und der Kapitalismus, die Ausbeutung der Arbeiter durch die neue Bourgeoisie ist längst wiederhergestellt. Die polnische Regierungspartei, die „Polnische Vereinigte Arbeiterpartei" ist keine kommunistische, sondern eine revisionistische, sozialfaschistische Partei. **Die wirklichen polnischen Kommunisten, die Genossen der illegalen Kommunistischen Partei Polens, sind in die Illegalität gezwungen, sie werden, ebenso wie die ganze Arbeiterklasse, verfolgt und unterdrückt. Viele von ihnen sind eingekerkert und wurden gefoltert, einige meuchlings ermordet.**

„Die hauptsächlichen Schwierigkeiten (für den Kampf der polnischen Arbeiterklasse – RM)", erklärte Genosse Kasimierz Mijal, der Generalsekretär der KP Polens, im Februar diesen Jahres in einem Interview mit dem ROTEN MORGEN, „ergeben sich aus der ideologischen, gesellschaftlichen und politischen Unfreiheit, in der die polnische Arbeiterklasse derzeit leben muß. Diese Unfreiheit dient der Entwicklung des Kapitalismus und der Herrschaft der revisionistischen Diktatur der Bourgeoisie sowie der Besetzung des Landes durch den sowjetischen Sozialimperialismus. In Polen befindet sich die Klasse der revisionistischen Bourgeoisie an der Macht."

Mit der Wiederherstellung des Kapitalismus in Polen wurden auch die polnischen Arbeiter von Herren des Landes zu Lohnsklaven der neuen polnischen Bourgeoisie. Und Gierek, der Nachfolger Gomulkas, der sich gern mit seiner Herkunft aus der Arbeiterklasse brüstet und sich als „Bergmann" ausgibt, ist als oberster Repräsentant der polnischen neuen Bourgeoisie schon lange ein erbitterter Feind der polnischen Arbeiterklasse, ein Verräter der Arbeiterklasse.

Die Wiederherstellung des Kapitalismus in Polen hat schwere Lasten auf die Schultern der polnischen Werktätigen gelegt und die polnische Wirtschaft immer tiefer in den Sumpf der kapitalistischen Krisen gestürzt. Um aus dieser Krise herauszukommen, hat Gierek in Polen noch mehr als sein Vorgänger Gomulka den internationalen kapitalistischen Monopolen Tür und Tor geöffnet, so daß auf den polnischen Arbeiterklasse heute eine doppelte und dreifache Ausbeutung lastet: die polnische neue Bourgeoisie, die russischen Sozialimperialisten und die westlichen kapitalistischen Monopole – sie alle pressen aus dem Schweiß der polnischen Arbeiter Höchstprofite. Gerade eben noch, während seines Staatsbesuches lobten die westdeutschen Imperialisten Gierek als „vernünftigen" Mann und jubelten seinen Besuch zu einer „historischen Stunde" hoch. In Wirklichkeit bejubelten sie damit lediglich den Ausverkauf Polens an die westdeutschen Imperialisten, an die Krupp und Thyssen, der mit diesem Besuch eine neue Stufe erreichte. Die Milliardenanleihe der westdeutschen Imperialisten, nach der Gierek griff, wie der Ertrinkende nach einem Strohhalm, um die Schwierigkeiten der polnischen Wirtschaft überbrücken zu können, war nur ein weiterer Strick um seinen Hals. Allein die Zinsen für die Kredite schlagen bei den westdeutschen Imperialisten jährlich mit einer Mrd. Dollar zu Buche. Die polnische Arbeiterklasse läßt sich aber, das hat sich gerade gezeigt, nicht immer neue Lasten auf die Schultern legen.

Die Kämpfe der polnischen Arbeiterklasse sind um so großartiger, wenn man bedenkt, daß die Herrschaft der polnischen Revisionisten nichts anderes ist, als eine faschistische Diktatur, die sich in der Maske des Sozialismus hüllt. Die polnische Arbeiterklasse hat sich unter den Bedingungen der äußersten Unterdrückung erhoben. Das zeigt, daß es keine Macht auf der Welt gibt, die den Kampf der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker auf die Dauer abzuwürgen vermag.

Die polnischen Arbeiter haben eine lange Kampferfahrung. Sie haben sich nicht nur 1970 offen erhoben, sondern haben auch in Jahren danach immer wieder zu verschiedensten Formen des Kampfes, vor allem des ökonomischen Kampfes gegriffen, um ihre Lebensbedingungen zu verteidigen. In diesen Kämpfen haben sie sich gestählt und organisiert, so daß es ihnen gelingen konnte, innerhalb von 24 Stunden die Gierek-Clique zum Rückzug zu zwingen. **In diesen Kämpfen entwickelt und stählt sich auch die illegale Kommunistische Partei Polens, gewinnt Ansehen und Einfluß und verankert sich tiefer in den Massen. Unter ihrer Führung wird sich die polnische Arbeiterklasse ganz sicher erheben und die Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft der polnischen neuen Bourgeoisie und des russischen Sozialimperialismus in Polen durch die sozialistische Revolution stürzen und die Diktatur des Proletariats wiedererrichten. Die Kämpfe in der letzten Woche waren nur ein Vorbote dieser entscheidenden Schlacht, in der sich die polnische Arbeiterklasse und alle polnischen Werktätigen die Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung erkämpfen werden.**



Proletariusze wszystkich krajów, łączcie się!

CZERWONY SZTANDAR

ORGAN KOMITETU CENTRALNEGO KOMUNISTYCZNEJ PARTII POLSKI

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Polens

Spendenaufruf:

Spendet zur Unterstützung des Kampfes der illegalen KOMMUNISTISCHEN PARTEI POLENS,

Stadtsparkasse Dortmund
Konto: 321 004 – 547
Stichwort: Polen

Konferenz der revisionistischen Parteien

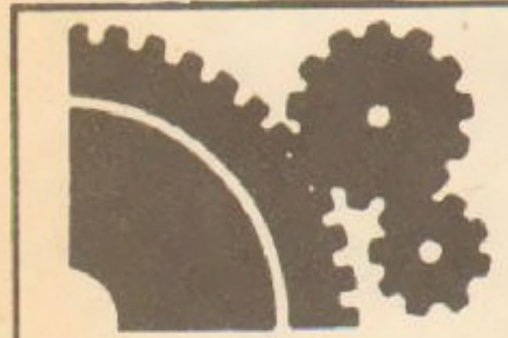
Eine Konferenz des Verrats

Erst in letzter Minute gaben die Häupter der revisionistischen Parteien Europas bekannt, daß sie die schon seit Jahr und Tag geplante Konferenz der revisionistischen Parteien Europas am 29. und 30. Juni in der Hauptstadt der DDR abhalten werden. Diese Konferenz soll nach dem Willen der Neuen Zaren im Kreml die „Einheit des sozialistischen Lagers" demonstrieren. Allein die Art und Weise ihres Zustandekommens aber demonstriert etwas ganz anderes: Widersprüchlichkeit und Zerrissenheit, wie es eben bei bürgerlichen Parteien auch nicht anders möglich ist.

Bekanntlich hatten die Neuen Zaren im Kreml ursprünglich eine Weltkonferenz der revisionistischen Parteien geplant. Die Europakonferenz sollte nichts als ein Schritt dahin sein. Das war 1974. In den vergangenen zwei Jahren ist diese Konferenz immer wieder angekündigt worden. Wenn die Neuen Zaren im Kreml es jetzt doch geschafft haben, die revisionistischen Parteien einschließlich Titos Partei an einen Tisch zu bekommen, dann spricht das nicht etwa dafür, daß das revisionistische Lager in dieser Zeit seine Geschlossenheit verstärken konnte. Denn auf den Grundlagen des Revisionismus, des Verrats kann es keine wahre Einheit geben. Es spiegelt lediglich wider, welchen Druck die Neuen Zaren im Kreml ausüben, um die Schritte durchzusetzen, die sie für die Festigung und den Ausbau ihrer Stellung als Supermacht für notwendig halten. Da diese Konferenz in der Hauptstadt der DDR stattfindet, werden die D„K"P-Revisionisten einen besonderen Rummel veranstalten, um sie als eine Konferenz im Interesse der Arbeiterklasse zu propagieren. Für die wahren deutschen Kommunisten aber kann das nur bedeuten, daß sie um so entschiedener diesem Betrug entgegentreten. Die Haltung aller Marxisten Leninisten deckt sich vollständig mit dem, was Genosse Enver Hoxha bereits 1974 in seiner Rede in Tirana sagte.

„. . . die revisionistische Kommunistische Partei der Sowjetunion (organisiert) gegenwärtig eine Zusammenkunft der revisionistischen Parteien Europas mit dem Ziel, ihnen ihre Standpunkte aufzuzwingen, sie zu unterwerfen und zu demonstrieren, daß sie selbstverständlich nicht isoliert, sondern das ‚Zentrum des Weltkommunismus' ist. Die anderen Parteien, die an dieser Versammlung teilnehmen werden, werden zeigen, daß sie auf dem Weg des Verrats sind und sich zu Komplizen der verbrecherischen und konterrevolutionären Aktivität der sowjetischen Revisionistenhäuptlinge gemacht haben. Die Partei der Arbeit Albaniens verurteilt mit großen Ernst eine solche Versammlung der Verschwörung, aber im übrigen wird diese Versammlung insofern ein Erfolg werden, als die Völker und die Kommunisten der ganzen Welt bei dieser Gelegenheit wieder einmal die fürchterlichen Visagen dieser Parteien, die sich treffen, um Ränke zu schmieden, sehen werden."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Kollegen fordern Rücknahme des Verweises gegen Roten Betriebsrat

Vor einigen Tagen erzählte mir der Rote Betriebsrat von der Fa. Dörnemann in Recklinghausen von neuen Ereignissen in seinem Betrieb.

Vor einigen Wochen wurde ein fortschrittlicher Kollege wegen angeblicher Arbeitsverweigerung entlassen. Der Rote Betriebsrat und ein anderes Betriebsratsmitglied waren von vornherein gegen diese Kündigung. Im Gegensatz zu den anderen Mitgliedern des Betriebsrates, die die Kündigung zu rechtfertigen versuchten, nahmen die beiden den Kampf dagegen auf.

Außerdem kam es zu einem weiteren Konflikt mit der Firma Dörnemann: Einige Kollegen sollten unter Drohungen mit Kündigung gezwungen werden, für gleichen Lohn wie hier auf einer Baustelle in Westberlin zu arbeiten. Dieser Angriff wurde vom Roten Betriebsrat mit seinen Kollegen zurückgeschlagen.

Die Reaktion der Kapitalisten auf das unbeirrte Eintreten des Roten Betriebsrates für die Interessen der Kollegen: Am 2.6. erhielt er einen „strengen Verweis". In diesem Verweis hieß es „Aufgrund eingegangener Beschwerden seitens unserer Auftraggeber fordern wir Sie hiermit auf, Ihre politische Betätigung auf den Baustellen während der Arbeitszeit zu unterlassen." Am Ende des Schreibens wurde mit Kündigung gedroht.

Das war ein unverfrorener Angriff auf den Roten Betriebsrat und auf alle Arbeiter von Dörnemann. Einigen war sofort klar, was das bedeutet. Sie sagten „Das darfst du dir auf keinen Fall gefallen lassen. Die wollen deine Kündigung vorbereiten." Diese Kollegen schrieben dann mit ihrem Roten Betriebsrat zusammen einen Brief an die Firmenleitung, in dem sie die Zurücknahme des Verweises forderten. Sie forderten außerdem in diesem Schreiben von der Firmenleitung auch Beweise für ihre Behauptung. Dies war ein Trick, denn der Rote Betriebsrat hatte es ihnen nicht leicht gemacht, Beweise zu finden. Also blieb ihnen nur übrig, entweder Sachen anzuführen, die nicht in der Arbeitszeit geschehen waren oder aber sie mußten Informationen von einem Denunzianten bekommen haben.

Die Firmenleitung fiel tatsächlich auf den Trick herein. Am 16.6. erhielt der Rote Betriebsrat Antwort. Zwei der in dem Antwortschreiben angeführten „Beweise" haben mit politischer Agitation innerhalb der Arbeitszeit überhaupt nichts zu tun. Das sind Angriffe in faschistischer Manier: So heißt es in dem Schreiben, der Rote Betriebsrat habe an einem Samstag (an dem er frei hatte) den „Roten Morgen" an einen Kollegen verkauft, dieser habe die Zeitung mit zur Baustelle genommen, wo dann die Arbeiter darüber diskutiert hätten; somit sei der Arbeitsablauf gestört worden. Der zweite Vorwurf: Während seines Urlaubs sei der Rote Betriebsrat zu einer Gerichtsverhandlung gegangen, die in dem gleichen Gerichtsgebäude stattfand, in dem die Firma Dörnemann zu dieser Zeit auch Arbeiten ausführte. Er habe mit politischen Zwischenrufen gestört und sei infolgedessen aus dem Gerichtssaal „entfernt" worden (es handelte sich um den Prozeß gegen den presserechtlich Verantwortlichen der KPD/ML in Recklinghausen, Genossen Ulrich Grober). Die Bauleitung, Herr Breuker vom Staatshochbauamt – habe daraufhin die Firma Dörnemann aufgefordert – den „Unruhestifter" von der Baustelle abzuziehen.

Das bedeutet praktisch: Der Besuch von einer Gerichtsverhandlung gegen die KPD/ML soll bereits Grundlage für eine Kündigung sein! Mit ihrem dritten „Beweis" lieferten die Dörnemann-Bosse auch gleichzeitig den Namen des Denunzianten: Plociennik, ein Obermonteur, soll den Roten Betriebsrat dabei beobachtet haben, wie er Klebezettel der KPD/ML in der Arbeitszeit angebracht haben soll. Was die Arbeiter von einem solchen bestochenen Element halten, sagte ein Kollege: „Mit solch einem Schwein darf man überhaupt nicht reden. Ich werde es morgen meinen Kollegen auf der Baustelle erzählen." Solche Elemente werden sich die Verachtung und den Haß aller klassenbewußten Kollegen zuziehen!

Der Kampf gegen den Verweis geht weiter. Die nächste Belegschaftsversammlung wird zeigen, daß die Arbeiter noch klarer ihre Feinde sehen und sich weiter zusammenschließen!

Rot Front!
Ein Genosse aus Recklinghausen

Opel-Rüsselsheim– Mit zweierlei Maß gemessen

Beim letzten „Tag der offenen Tür" wollte ein Kollege aus dem I-Bau seiner Familie nicht nur das blankgeputzte K-40 zeigen, sondern auch seinen eigenen Arbeitsplatz. Im I-Bau angekommen, begegnete er seinem Betriebsleiter Treu. Der fuhr sofort auf den Kollegen los, ob er denn nicht wisse, daß es verboten sei, Familienangehörige außerhalb des K-40 mitzunehmen und warf den Kollegen samt seiner Familie aus dem I-Bau.

Einige Monate später – kurz vor dem 1. Mai – traute dieser Kollege seinen Augen nicht. Denn da spazierten nicht nur Meister und Obermeister mit ihren Familien kreuz und quer durch den I-Bau – während der Arbeitszeit –, sondern auch der Betriebsleiter Treu selbst, nebst Frau und Kind.

Was für uns Arbeiter selbst am „Tag der offenen Tür" strikt verboten ist, ist für Meister, Obermeister und Betriebsleiter, diese Unteroffiziere des Kapitals, eine Selbstverständlichkeit. Während die Kollegen am Band jede Zigarette von der Zeit abknapsen müssen, dürfen diese Herren sogar während der Arbeitszeit mit ihren Familien spazieren gehen.

„Gleiches Recht für alle" – das gibt es im Kapitalismus nicht, das zeigt dieses kleine Beispiel deutlich. Wir Arbeiter sind für die Kapitalisten nur Nummern, Arbeitstiere, die zu schuften haben und ansonsten den Mund zu halten.

Er mußte nachts arbeiten, damit die Besatzung nichts merkt

Liebe Genossen!

Ein Kollege von mir hat früher auf der Atlas-Werft (heute Stefani-Werft) in Bremen gearbeitet. Dort wurden vor einigen Jahren Schiffe für die ARGO-Reederei repariert, die unter deutscher Flagge angeblich Verbandsmaterial u.ä. für das deutsche „Lazarettschiff Helgoland" nach Vietnam bringen sollten. Die „Helgoland" lag ja bekanntlich während der letzten Jahre des Vietnamkrieges vor Saigon.

Die Schiffe waren in saumäßigem Zustand und wurden nur notdürftig hergerichtet. Löcher in der Außenhaut wurden nicht einmal zugeschweißt, sondern mit Spanneisen und Dichtungsmasse zugemacht. Das war die Aufgabe meines Kollegen, der extra nachts arbeiten mußte, damit die Besatzung davon ja nichts mitkriegt. Die Pötte sollten so billig wie möglich in See gehen, weil die Reeder damit rechneten, daß sie im Kriegsgebiet abgeschossen wurden.

Auch über die Ladung wußte der Kollege was zu berichten. Das waren große Kisten mit schwerem, sperrigem Inhalt, an einer Ecke schwer, an der anderen wieder leichter. Also keine Mullbinden, sondern Waffen für den amerikanischen Völkermord in Vietnam.

Ein Genosse aus Bremen.

LKWs für Leber — Arbeitsplätze gesichert?

Aufrüstung auf dem Rücken der Arbeiter

In der letzten Woche wurde bekannt, daß die Bundesregierung den beiden kapitalistischen Monopolen Daimler-Benz und MAN einen Riesenauftrag der Bundeswehr zugeschanzt hat. Es geht um die Lieferung von 26 000 Lastkraftwagen an die Bundeswehr, von denen Daimler-Benz 22 000 und MAN 4 000 bauen soll. Für Daimler-Benz und MAN bringt dieser Auftrag riesige Profite. Wie hoch sie sind, kann man daran messen, daß es sich hier um ein Geschäft von insgesamt 1,7 Mrd. DM handelt.

Glaubt man allerdings Verteidigungsminister Leber, dann handelt es sich bei diesem Geschäft, an dem auch noch zahlreiche Zuliefererfirmen beteiligt sind, in allererster Linie um eine Maßnahme zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Das allerdings ist reinste Demagogie, mit der Leber und Konsorten die Arbeiterklasse für ihren verschärften Kurs der Militarisierung und Aufrüstung gewinnen wollen – eine Demagogie, die genau auf der Linie des Schreibens von 16 Betriebsratsvorsitzenden bzw. -stellvertretern an Kanzler Schmidt (vgl. RM 13/76) liegt, in dem sie die Ausweitung des westdeutschen Rüstungsexports forderten und das ebenfalls mit der „Sicherung von Arbeitsplätzen" begründeten.

Betrachten wir zunächst einige Tatsachen. Nach den amerikanischen Imperialisten stellen die westdeutschen Imperialisten heute die zweitstärkste Armee im aggressiven NATO-Block. Der Rüstungshaushalt hat bereits die kolossale Summe von über 40 Mrd. DM erreicht. Die Waffenproduktion der westdeutschen Kriegsindustrie hat sich, einem Bericht der Londoner Zeitung „Times" zufolge, innerhalb des letzten Jahrzehnts verdoppelt. Allein im Finanzjahr 1974/75 verteilten die westdeutschen Imperialisten 9 000 Aufträge für Rüstungsgüter und Waffen im Wert von allein 4,3 Mrd. DM. In den 20 größten Rüstungskonzernen, unter denen sich Krupp, Thyssen (Rheinstahl), Siemens, AEG, Telefunken und andere befinden und Hunderten von Zuliefererbetrieben arbeiten insgesamt 200 000 Menschen für die Bundeswehr. Die Gesamtzahl der Betriebe, die für die Bundeswehr arbeiten, geht in die Tausende. Nach der Logik Lebers dürfte es also in der Bundesrepublik bei weitem keine Million arbeitsloser Kollegen geben, nach seiner Logik hätte es z. B. bei Rheinstahl und Thyssen keine Entlassungen und bei Krupp keine Kurzarbeit geben dürfen. Wir alle wissen, daß das genaue Gegenteil der Fall ist.

Und das kann auch gar nicht anders sein. Wer bezahlt denn die Militarisierung der westdeutschen Wirtschaft? Wessen Geld ist es denn, das in die Kassen von Daimler-Benz, MAN und der anderen Monopole fließt? Niemand anders als die Arbeiterklasse, als die Werktätigen selbst sind es doch, die die Kassen des Staates füllen, aus denen sie nach kurzer Zeit in die Taschen der Monopole fließen. Die Kriegsproduktion wird von den Werktätigen selbst bezahlt. Was den Monopolen Riesenprofite verschafft, verschlechtert die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und aller übrigen Werktätigen. Dies, und die Tatsache, daß ein immer größerer Teil der Fertigprodukte und Rohstoffe für Rüstungsgüter verbraucht wird, mag vielleicht kurzfristig die kapitalistische Krise mit ihren schweren Auswirkungen für die Werktätigen dämpfen. **Aber es liegt klar auf der Hand, daß die verschärfte Ausplünderung der werktätigen Massen, die die kurzfristige Nachfrage der Bevölkerung erheblich senkt, lediglich den Grund zu einer weiteren Vertiefung der Krise, zu ihrer weiteren Verschärfung legt, während die Profite der Monopole ins Unermeßliche steigen.** Die Arbeiterklasse kann schon allein deshalb kein Interesse an der Militarisierung der Wirtschaft, an der Verteilung von immer mehr und immer größeren Rüstungsaufträgen an die Monopole haben.

Sie kann allerdings auch kein Interesse an den verlogenen Vorschlägen der modernen Revisionisten haben, die, in Zusammenhang mit dem Lastwagengeschäft, in einem Kommentar der „UZ" ihre Parole von der „Abrüstung" an den Mann zu bringen versuchen. Als ob die Imperialisten schon jemals abgerüstet haben. Im Gegenteil. Schon Lenin wies darauf hin, daß Imperialismus unvermeidlich zum Krieg führt. Deshalb ist auch für den westdeutschen Imperialismus, ebenso wie für die beiden Supermächte, die Aufrüstung eine Existenzfrage. Die Parolen Lebers sollen die westdeutsche Arbeiterklasse für die Großmachtträume des westdeutschen Imperialismus gewinnen, während die modernen Revisionisten sie entwaffnen sollen. Die Tatsachen zeigen, daß es notwendiger denn je ist, den Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten und ihre Lakaien, die modernen Revisionisten, zu verstärken, mit dem Ziel, ihre Herrschaft durch die sozialistische Revolution zu stürzen.

Arbeitsdirektoren

Experten für Ausbeutung

Auf einer Landeskonferenz der IGM in Bayern hat vor kurzem der IGM-Bonze Judith (geschäfsführendes Mitglied des Hauptvorstands) erklärt, daß die IGM „alles daransetzen werde", um durchzusetzen, daß im Anwendungsbereich des neuen Mitbestimmungsgesetztes (Unternehmen mit mehr als 2 000 Beschäftigten, die Betriebe der Montanindustrie ausgenommen) die Position des Arbeitsdirektors nach dem Vorbild der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie eingeführt wird. In dem neuen Mitbestimmungsgesetz ist dieser Punkt nicht klar festgelegt.

Wenn die IGM-Bonzen sich jetzt so für die Verwirklichung der Position des Arbeitsdirektors stark machen – welches sind dann ihre Motive? Wem nützen „Arbeitsdirektoren?"

Arbeitsdirektoren sind genausowenig im Interesse der Arbeiter und kleinen Angestellten, wie die Mitbestimmung insgesamt. Im Gegenteil! Was von den Vertretern des Monopolkapitals und des Gewerkschaftsapparates (und auch von den D„K"P-Revisionisten) als „Schritt bei der Demokratisierung der Arbeitswelt", als „Stärkung der Rechte der Arbeitnehmer" und dergleichen angepriesen wird, ist in Wirklichkeit eine gezielte Methode, um die Front der Arbeiter gegen die Angriffe des Kapitals aufzuweichen und ihre Kampfkraft zu schwächen. Denn mit der Mitbestimmung sollen die Arbeiter und kleinen Angestellten darüber getäuscht werden, daß der Kapitalismus ihnen nie eine andere Stellung einräumt, als die von Objekten der Ausbeutung durch die Kapitalisten. Die Mitbestimmung soll die Unversöhnlichkeit des Gegensatzes zwischen Lohnarbeit und Kapital verschleiern. Sie soll verhindern helfen, daß die Idee von der Notwendigkeit des unversöhnlichen Klassenkampfes, des kompromißlosen Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung und des Kampfes für die Abschaffung des Kapitalismus durch die gewaltsame Revolution die ausgebeuteten und unterdrückten Massen ergreift.

Ein Arbeitsdirektor in einem kapitalistischen Betrieb kann nie etwas anderes sein, als ein „Experte" für die effektivste Ausbeutung der Arbeiter und kleinen Angestellten und für die wirkungsvollste Unterdrückung ihres Widerstandes. Gerade die 25-jährige Praxis der Montanmitbestimmung hat dies in handfester Weise bestätigt. Man braucht sich nur an die Zechenstillegungen der 60er Jahre erinnern, an den großen Rationalisierungsfeldzug der Kapitalisten im Steinkohlebergbau, wo die Existenz von Arbeitsdirektoren wesentlich dazu beigetragen hat, daß der Widerstand der Kumpel gegen die Vernichtung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen und gegen die enorme Steigerung der Arbeitshetze gebrochen werden konnte. Ein bekanntes Beispiel dafür, welche Rolle die Arbeitsdirektoren spielen, ist der inzwischen abgelöste (weil unter der Belegschaft zu verrufene) Arbeitsdirektor Henne von den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg. Er hat den berüchtigten „Henne-Plan", eine mörderische Form der Conti-Schicht (Siebentagewoche/Wechselschicht) ausgeklügelt und gegen den Widerstand der Arbeiter durchgesetzt. Bei Streiks auf der Hütte hat Henne sich dadurch hervorgetan, daß er brutale Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiter veranlaßte, unter anderem war er verantwortlich für die Einschaltung von Polizei und Gerichten gegen streikende Kollegen und für die fristlose Entlassung von 22 streikenden Arbeitern auf einen Schlag.

Daß sich die IGM-Bonzen jetzt so nachdrücklich für die Einführung von Arbeitsdirektoren einsetzen, hängt natürlich damit zusammen, daß es gewissermaßen ihr Beruf ist, unter dem Deckmantel der gewerkschaftlichen Interessenvertretung die Kapitalistenklasse bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse zu unterstützen. Zum anderen aber haben sie auch deshalb ein Interesse an den Arbeitsdirektoren, weil sie damit weitere Positionen erhalten, die ihren Einfluß in der Wirtschaft und ihren Anteil an den Profiten der Kapitalisten erhöht.

"Wahlprüfsteine" des DGB

Propaganda für den bürgerlichen Wahlbetrug

Fortsetzung von Seite 1

Arbeitnehmer zu konfrontieren." Obgleich der wichtigste Zweck dieser Propaganda des DGB-Apparates darin besteht, das Ansehen des bürgerlichen Parlamentarismus aufzumöbeln und die Massen für die Demagogie aller „staatstragenden" Parteien empfänglich zu machen, nützt sie natürlich, und das ist selbstverständlich gewollt, besonders der SPD, mit der der DGB-Apparat am meisten verflochten ist. Zwischen den Zeilen lassen die Bonzen klar durchblicken, daß die SPD am ehesten das Zeug habe, die „sozialen Reformen" durchzusetzen, durch die die „Wahrnehmung der Arbeitnehmerinteressen" gewährleistet werden soll.

Der DGB-Apparat will den Massen einreden: Ob eine Partei durch ihre Politik den Interessen der „Arbeitnehmer" zum Durchbruch verhelfen will und kann, ob sie „Vollbeschäftigung", „soziale Sicherung", eine „bessere Berufsbildung" usw. durchsetzen wird, hänge davon ab, ob sie ein richtiges „reform-politisches Programm" habe.

Die Werktätigen haben allerdings ganz andere Erfahrungen gemacht, nämlich die, daß sich an ihrer elenden Lage im Kapitalismus durch einen Wechsel der Regierungsparteien rein gar nichts ändert, daß die Parteien, unabhängig von ihrem Programm, wenn sie die Bonner Regierungsgeschäfte führten, immer die Interessen der Kapitalistenklasse gegen das arbeitende Volk durchsetzten. Und was die „Vollbeschäftigung" betrifft: Unter Wirtschaftsminister Erhard und einer CDU-geführten Regierung kam es 1966/67 zur ersten größeren Wirtschaftskrise seit den Nachkriegsjahren. Unter der SPD/FDP-Regierung mit Kanzler Schmidt an der Spitze erlebten wir dann die nächste Krise, die bereits erheblich schwerer war und uns die größte Arbeitslosigkeit der Nachkriegsgeschichte brachte. Die Gewerkschaftsbonzen wollen mit ihren „Wahlprüfsteinen" reformistische Illusionen neu beleben. Sie wollen vertuschen, daß Wirtschaftskrisen und zunehmende Verelendung der Arbeitermassen im Kapitalismus unvermeidlich sind, daß sie das unabwendbare Ergebnis der schroffen Gegensätze sind, die der Kapitalismus notwendigerweise in stets verschärfter Form erzeugt. Nur durch den revolutionären Sturz des Kapitalismus, durch die sozialistische Revolution können diese Widersprüche gelöst, kann für das arbeitende Volk eine gesicherte wirtschaftliche Existenz geschaffen werden.

Im Kapitalismus gibt es keine „freien Wahlen"

Die Illusionen über den Charakter dieses sogenannten „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates" sind unmittelbar verbunden mit der Ideologie der angeblich „freien Wahlen" in diesem Staat. Das wachsende Unbehagen, das sich in der arbeitenden Bevölkerung über das bürgerliche Wahltheater ausbreitet, wird natürlich auch dadurch gefördert, daß die Parteien bei ihrem Konkurrenzkampf um den ersten Platz an den Bonner Futtertrögen mit Wahlslogans und Werbemethoden auftreten, die der vielzitierten „Waschmittelreklame" ähneln. Dadurch wird das Gerede von den „freien Wahlen" natürlich nicht gerade glaubwürdiger. Die DGB-Bonzen wollen mit Hilfe ihrer „Wahlprüfsteine" nun den Eindruck erwecken, als liege das Dilemma dieser Wahlen darin begründet, daß das Volk sich mit den „Werbespots" der Parteien abspeisen lasse, weil es zu unkritisch und politisch nicht interessiert sei. So tönte Loderer in seinem Aufruf in „Metall": „Wir halten nichts davon, wenn die Parteien Werbeagenturen beauftragen, Wahlkampagnen zu ‚erfinden'. Es gibt wirtschafts- und gesellschaftspolitische Probleme und Sorgen in unserem Land genug, auf die dringend eine Antwort gefunden werden muß." Die „freien Wahlen", so will uns der Gewerkschaftsapparat weismachen, würden ja gar nicht ausgenutzt, weil das Volk die Parteien nicht zu „politischen Stellungnahmen" zwingen würde. Das ist von Seiten der Gewerkschaftsbonzen eine widerwärtige Heuchelei. Im Kapitalismus, wo die Massen geknechtet und ausgebeutet werden, wo die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen einer Handvoll Finanzkapitalisten konzentriert ist, wo diese Schmarotzermafia auch die Massenmedien, das Schulwesen usw. beherrschen, kann es nie und nimmer „freie Wahlen" geben. Erst durch die proletarische Revolution, die auch das bürgerliche Parlament auseinanderjagen wird und durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats kann sich die Arbeiterklasse die Freiheit erkämpfen, wirkliche Vertreter ihrer Interessen in die Organe des Staates zu wählen.

Der Versuch , die Massen mit reformistischer Wahlkampfpropaganda einzuseifen, wird auch von den D„K"P-Revisionisten eifrig unterstützt. So zum Beispiel ergeht sich D„K"P-Vorsitzender Mies in der D„K"P-Zeitung „UZ" in Lobeshymnen auf die „Wahlprüfsteine des DGB".

Nicht nur als Hebel zur Erneuerung parlamentarischer und reformistischer Illusionen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes sind die Wahlprüfsteine des DGB-Apparates reaktionär. Auch die Forderungen, die die Wahlprüfsteine enthalten, können von den klassenbewußten Arbeitern nicht akzeptiert werden, denn sie sind gegen den Kampf der Arbeiterbewegung gegen Ausbeutung und Unterdrückung gerichtet. Nehmen wir zum Beispiel die Forderung des Wahlprüfsteins 4; sie lautet: „Gleichberechtigung der Frauen". Auch wenn diese Forderung im ersten Moment fortschrittlich aussieht, ist sie im Grunde reaktionär. Sie ignoriert die Frage des Klassenkampfes, des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Lohnsklaverei. „Gleiches Recht" für die proletarische Frau zu fordern, bedeutet nichts anderes, als „gleiche Rechtlosigkeit" zu fordern, wie sie dem Arbeiter im Kapitalismus beschieden ist, wo er sich als Lohnsklave an den Kapitalisten verkaufen muß. Die Arbeiterklasse muß den Kampf führen für das Ziel der Befreiung der Frau von jeder Unterdrückung. Nur durch den Sturz des Kapitalismus, durch den Aufbau einer neuen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung kann mit der Beseitigung der Lohnsklaverei auch die besondere Unterdrückung der Frau beseitigt werden. Sicher müssen wir auch Tagesforderungen gegen die besondere Unterdrückung der Frau aufstellen. Bezeichnend ist aber, daß in diesem Zusammenhang die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" von den DGB-Bonzen nicht erwähnt wird, obwohl dieser „Wahlprüfstein" länger als alle anderen ausgewalzt ist.

Daß gerade der Frauenfrage der längste „Wahlprüfstein" gewidmet ist, obwohl ansonsten der DGB-Apparat beileibe das Problem der besonderen Unterdrückung der Frau nicht gerade oft aufgreift, zeigt, wie die Bonzen berechnend für den Wahlkampf zu mobilisieren versuchen, denn die Frauen bilden ja bekanntlich ein „wichtiges noch nicht ganz ausgeschöpftes Wählerpotential".

Eine andere Forderung der „Wahlprüfsteine" lautet: paritätische Mitbestimmung nach dem Vorbild der Montanindustrie (Wahlprüfstein Nr. 6). Diese Forderung ist reaktionär. Wie kann denn der Ausgebeutete und Unterdrückte bei seiner eigenen Ausbeutung und Unterdrückung mitbestimmen! Mit dieser Forderung wollen die Gewerkschaftsbonzen die Arbeiter nur dazu bringen, sich mit dem Dasein als Lohnsklave, mit der kapitalistischen Ausbeutung abzufinden und sich einzubilden, sie hätten mit den Kapitalisten gemeinsame Interessen, sie könnten mit ihnen „zusammenarbeiten". So wollen sie ideologisch den Arbeiter entwaffnen, ihn vom unversöhnlichen Klassenkampf abhalten, vor allem vom Kampf für seine Befreiung vom kapitalistischen Joch durch die sozialistische Revolution. In Wahrheit ist die Ideologie der Mitbestimmung mit der Nazi-Ideologie verwandt, die das übergeordnete Interesse des „Volksganzen" proklamierte, den Klassenkampf des Proletariats zum Verbrechen erklärte und so die grausame, blutige Unterdrückung des revolutionären Klassenkampfes rechtfertigte. Dem entspricht es auch, daß die Mitbestimmung eng verbunden ist mit der Faschisierung, mit der Verschärfung der politischen Unterdrückung. Die 25-jährige Praxis in der Montanindustrie spricht den schönen Sprüchen der Gewerkschaftsbonzen über die Mitbestimmung Hohn. Dort wurde die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter erwiesenermaßen brutaler vorangetrieben, als in den meisten anderen Betrieben.

Was die anderen Forderungen der „Wahlprüfsteine" betrifft, knüpfen sie zwar an berechtigten Wünschen und Forderungen der Arbeiter an. Aber ist das denn nicht auch bei den Slogans der Bonner Parteien der Fall? Zum Beispiel die Forderungen wie „Vollbeschäftigung", nach „sozialer Sicherung" oder nach „Sicherung des Friedens" – führen die Vertreter aller bürgerlichen Parteien im Munde. Aber so verschieden die Maßnahmen, „Reformprogramme" oder Rezepte auch aussehen, mit denen die verschiedenen Bonner Parteien und auch die revisionistische D„K"P versprechen, diese Ziele zu verwirklichen, – in einem sind sie sich alle einig: daß dem arbeitenden Volk Sand in die Augen gestreut werden muß, damit es sich von dem bürgerlichen Wahlspektakel beeindrucken und blenden läßt und auf die „demokratischen Institutionen" dieses Ausbeuterstaates seine Hoffnungen setzt. Und gerade dabei leistet ihnen der reaktionäre DGB-Apparat mit seinen „Wahlprüfsteinen" gezielte und wohldurchdachte Unterstützung, indem er seinen Einfluß innerhalb der Arbeiterbewegung ausnutzt. Doch auch die Unterstützung der kapitalistischen Demagogie durch den DGB-Apparat kann nicht verhindern, daß die weitere Verschärfung der Klassengegensätze die Arbeiter und kleinen Angestellten aufrüttelt, so daß sie zunehmend klarer erkennen: Nur durch den revolutionären Klassenkampf gegen diesen Ausbeuterstaat, nur durch den Kampf für den gewaltsamen Sturz dieses Staates in der proletarischen Revolution und durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats können die Arbeiter und alle werktätigen Menschen eine Zukunft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, eine Zukunft ohne Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und Kriegsgefahr erringen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



Stadtteilzeitung der KPD/ML für den Stuttgarter Osten

Vor kurzem erschien die erste Nummer von „Die Fackel" – Stadtteilzeitung der KPD/ML für den Stuttgarter Osten. Gleich der erste Artikel in „Der Fackel" ist ein Beitrag zur Unterstützung des Kampfes der Bevölkerung im Stuttgarter Osten gegen den Mietwucher. Er trägt die Überschrift:

WEG MIT DEN ILLUSIONEN! BEREIT ZUM KAMPF!

Am Anfang des Artikels wird aufgezeigt, daß jetzt unter dem Vorwand von bestimmten, absolut notwendigen Renovierungsarbeiten neue Mieterhöhungen bei den städtischen Wohnungen geplant sind, obwohl schon im März und November letzten Jahres die Mieten erhöht worden waren. „Die Fackel" geht im weiteren darauf ein, daß sich eine Mieterinitiative gebildet hat, die jedoch unter der Führung von reaktionären Leuten steht, welche den Kampf der Mieter zu hintertreiben versuchen. Sie fordern: „Mitspracherecht in allen Wohnungsangelegenheiten" und „Anerkennung als gleichwertiger Partner durch die Stadt". „Die Fackel" zeigt dann auf, daß diese Forderungen in Wahrheit nicht der Sache der Mieter nützen, sondern daß sie sie vom Kampf abhalten sollen, und welches die richtigen Forderungen sind, mit denen die Mieter sich gegen den Angriff der Stadt zur Wehr setzen müssen:

Mitspracherecht? Soll man darüber mitreden, wieviel mehr man bezahlen soll? Oder gemeinsam mit städtischen „Experten" berechnen, wieviel Miete sozial tragbar ist? Das heißt doch, denen den kleinen Finger zu geben, und die wollen die ganze Hand. Können die Mieter „gleichberechtigte Partner" sein von denen, die sie ausnehmen? Nein, alle diese Forderungen sind doch nur dazu da, den Widerstand der Mieter in eine solche Bahn zu lenken, wo er gebrochen werden kann. Wenn die Mieter erst einmal an einem Tisch mit den „Experten" der Stadt sitzen, die ja wahre Rechen-„künstler" sind, dann sind sie schon eingefangen, haben sie die Voraussetzung der Stadt, daß überhaupt über eine Mieterhöhung gesprochen werden muß, anerkannt.

Und dies zeigt sich auch an der einzigen realen Tat der Führer der Mieterinitiative: Sie organisierten eine Versammlung, auf der sie einem Herrn Kneifel von der Stadt die Möglichkeit gaben, lang und breit die Notwendigkeit der Mieterhöhung breitzutreten. Die angeblich „neutralen" Führer der Mieterinitiative erweisen sich sehr wohl als parteiisch: für die Stadt!

Entweder für das Kapital oder für die Arbeiter und Werktätigen

In diesem Sinne macht die KPD/ML allerdings Parteipolitik. In den Flugblättern, den Kundgebungen und Hausbesuchen und ihren Stellungnahmen auf der Mieterversammlung ergriff sie Partei für die Mieter und gegen die Stadt. Die KPD/ML hat gezeigt, daß alle bürgerlichen Parteien sich gemeinsam an der Organisierung dieses Raubzugs gegen die Werktätigen beteiligen, daß dies in jeder Stadt so ist, egal welche Partei „dran" ist.

Unversöhnlicher Klassenkampf

Es gibt kein gemeinsames Interesse von der Stadt und den Mietern. Die Mieter wollen bessere Wohnungen und die Stadt will mehr Geld. Alle Forderungen nach Gemeinsamkeit verwischen diese Grenze. Wenn mich jemand berauben will, frage ich nicht, ob er das Geld denn auch braucht, sondern wehre mich – das ist genau die Situation, in der die Mieter stehen. Denn das ist keine „Unvernunft" der Stadt, sondern ein im Kapitalismus unvermeidliches Übel, daß immer den Arbeitern und Werktätigen das Geld aus der Tasche gezogen werden soll.

Auf dem Weg der „Gemeinsamkeit" werden noch viele Mieterhöhungen durchgesetzt werden. Verhindert werden können sie nur, wenn die Mieter genau diese Illusionen, die die Führer der Mieterinitiative ausstreuen, durchschauen und sich allein an ihren eigenen Interessen und nicht an denen der Stadt ausrichten. Indem sie diesen Angriff auf ihre Lebenslage bekämpfen, ohne sich vom Jammern und von „wissenschaftlichen Beweisen" der Stadt einlullen zu lassen auch nicht, wenn diese in der Mieterinitiative selbst durch einige Führer wiederholt werden.

„Keine Mieterhöhung"

Das ist die einzige Losung, die die Mieter wirklich haben müssen. Dafür müssen sie bereit sein zu kämpfen darüber muß man reden: wie man das macht.

Mieter, redet deshalb mit unseren Genossen, die in eurer Straße, am Ostendplatz etc. das Zentralorgan der KPD/ML, den „Roten Morgen", verkaufen. Lest selber den „Roten Morgen". Ihr könnt darin z.B. auch lesen, wie der Kampf gegen Mieterhöhungen anderswo geführt wird und mit welchem Erfolg. Der „Rote Morgen" muß auch eure „scharfe Waffe" werden im unversöhnlichen Klassenkampf!

Meldungen aus den Betrieben

F&G/NORDENHAM

Vor kurzem fand bei Felten&Guilleaume in Nordenham bei Bremen eine Betriebsversammlung statt, auf der auch der Rote Betriebsrat Genosse Gerd Coldewey sprach. Der Genosse Coldewey enthüllte, daß die reaktionäre Clique der mit dem IGM-Apparat verbundenen Betriebsräte, die über die Mehrheit im Betriebsrat verfügen, bei der Jugendvertreterwahl bewußt gegen das Betriebsverfassungsgesetz verstoßen hat, um zu verhindern, daß alle wahlberechtigten Jungarbeiter sich an der Wahl beteiligen. Der Betriebsratsvorsitzende war daraufhin gezwungen, zuzugeben, daß dies den Tatsachen entspricht und daß er bei seinem Vorgehen sogar in Absprache mit der Geschäftsleitung gehandelt hatte. Der Rote Betriebsrat enthüllte noch einen weiteren Punkt: daß die reaktionären Betriebsräte während der Arbeitszeit eine Vergnügungsreise unternommen hatten unter dem Vorwand, dies diene ihrer Betriebsratstätigkeit. Der reaktionäre Betriebsratsvorsitzende und der ebenfalls anwesende IGM-Bonze Scholz vom Ortsverein wurden auf der Versammlung mehrmals von der Belegschaft ausgebuht. Während der Versammlung meldete sich plötzlich ein Vertrauensmann zu Wort, der sonst nie in Erscheinung trat, und hetzte gegen den Roten Betriebsrat. Er forderte die Gewerkschaftsbonzen auf, „zu überprüfen", ob der Rote Betriebsrat nicht wegen „parteipolitischer Betätigung" aus dem Betriebrat ausgeschlossen werden müsse. Offenkundig war dies keine spontane Handlung des Vertrauensmannes, sondern ein mit den Gewerkschaftsbonzen und dem Betriebsratsvorsitzenden abgekartetes Manöver, um so die Reaktion der Belegschaft zu testen und für ein späteres Vorgehen gegen den Roten Betriebsrat das Terrain zu bereiten. Der Genosse Coldewey war im Frühjahr 1975 trotz einer massiven Hetzkampagne der IGM-Bonzen gegen ihn mit 28% der Stimmen in den Betriebrat gewählt worden. Er hatte auf einer eigenen roten Liste kandidiert, nachdem ihn die IGM-Bonzen von der IGM-Liste wieder gestrichen und ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet hatten.

Revisionistisches

SABOTAGE AM KAMPF DER STUDENTEN

Wie der „Rote Morgen" berichtete, sprengten am 19. Mai Studenten der PH in Dortmund die Feierlichkeiten der Rektoratsübergabe, um gegen die Erhöhung der Mensapreise zu protestieren und auf die schlechte soziale Lage der Studenten aufmerksam zu machen. Natürlich waren die Professoren und die Vertreter der Nordrhein-Westfälischen Regierung außer sich. Außer sich war aber auch der AStA der PH, den in Dortmund die modernen Revisionisten besetzt halten. Wie der Rektor der PH jetzt bekannt gab, war vor der Rektoratsübergabe eigens ein schriftliches Abkommen getroffen worden zwischen der Universität Dortmund und den Revisionisten des AStA, um solche „Störmaßnahmen" zu verhindern: Der Rektor versprach, ein Gespräch zu vermitteln zwischenAStA-Vertretern und Repräsentanten des Ministerrates, der AStA verpflichtete sich als Gegenleistung unter Punkt 4 „Störmaßnahmen jeglicher Art während der Veranstaltung anläßlich der Einführung des Rektorats weder durch(zu)führen noch (zu) veranlassen. Er verpflichtet sich in dem Sinne, auch auf die Studenten der Universität Dortmund einzuwirken."

Ein „Vertragswerk", wie man es selten findet. Es entlarvt nicht nur die Mauschelpolitik der modernen Revisionisten mit den Feinden der Studenten. Es dokumentiert darüberhinaus, welche Aufgabe die modernen Revisionisten haben: fortschrittliche und revolutionäre Menschen vom Kampf abzuhalten, revolutionäre Aktionen zu sabotieren und den Studenten, die Vertrauen in sie setzen, in den Rücken zu fallen.

POLITISCHE POLIZEI IM SCHUTZ VON VDS-ORDNERN

Während die modernen Revisionisten scheinheilig über die Bespitzelung und politische Verfolgung in der Bundesrepublik lamentieren, arbeiten sie selbst eng mit der politischen Polizei zusammen, wenn es gilt, Kommunisten zu denunzieren. So berichten Genossen aus Dortmund über die zentrale Demonstration des revisionistisch beherrschten VDS in Bonn:

„Als nach dem offiziellen Schluß der oppositionelle Block (der KSB/ML gehörte ihm nicht an) noch eine eigene Kundgebung durchführte, standen auf dem Lautsprecherwagen des VDS drei Fotografen der Politischen Polizei – geschützt von einer Kette VDS-Ordner und einer weiteren Kette junger BGS-Offiziersschüler. Das Interesse der Fotografen war einzig und allein der oppositionelle Block. Hier zeigt sich die ganze Heuchelei der Revisionisten im VDS, die scheinheilig gegen die Bespitzelung durch den Verfassungsschutz ‚protestieren', während sie heute aktiv helfen, fortschrittliche und kommunistische Studenten an den Staatsapparat auszuliefern."

DDR -WASSERVERGIFTER

Die D„K"P-Revisionisten, die sich aufspielen als Interessenvertreter der Werktätigen, führen ständig große Worte im Mund gegen Umweltverschmutzer. Dabei werden sie nicht müde, die Sozialfaschisten in der DDR als Vorbild auch in dieser Beziehung hinzustellen. Die Wahrheit sieht allerdings anders aus! Nicht anders als die westdeutschen Imperialisten, verschmutzt auch die Honecker-Clique deutsche Flüsse und Seen, bläst sie die Abgase der Industrie in die Luft. So ist der Kaliablaugegehalt der Werra in letzter Zeit ständig gestiegen. Daran ist niemand anders schuld als die Betriebe im Grenzgebiet der DDR, die ihre Kaliablauge in den Fluß einleiten. Geschädigt wird dadurch die Bevölkerung im Werragebiet, die ihr Trinkwasser zum Teil aus dem Fluß bezieht. So wurden in Bremen pro Liter Trinkwasser schon 400 Milligramm Salzkonzentrat gemessen.

Pfingstzeltlager der ROTEN GARDE

Hunderte Jugendliche machten begeistert mit

Über Pfingsten lud die ROTE GARDE in verschiedenen Gegenden der Bundesrepublik zu Zeltlagern ein. In Schweiburg, in Monschau, in Markelfingen und anderswo verbrachten hunderte von Jugendlichen zwei Tage gemeinsam mit sportlichen Wettkämpfen, dem Singen revolutionärer Lieder und politischen Diskussionen. Ein Merkmal all dieser Zeltlager war, daß sich hier nicht nur Rotgardisten und Freunde, die mitgekommen waren, besser kennenlernten, sondern daß es überall auch zu vielen Gesprächen und Kontakten mit anderen Ausflüglern kam. Hier einige Ausschnitte aus Berichten, die die Redaktion von diesen Zeltlagern erhielt.

MARKELFINGEN

„In Markelfingen führte der Landesverband Baden-Württemberg ein Zeltlager durch. Unser Lager hieß Lilo-Hermann-Lager, nach einer jungen Genossin, die unter der Hitlerdiktatur illegale Arbei für die KPD geleistet hat.

In der Rede eines Genossen erfuhren die Teilnehmer Genaueres: Lilo Herrmann war Chemiestudentin, Mutter eines kleinen Jungen. Vor 1933 betreute sie im Auftrag der Partei die Jungen Pioniere. Sie wohnte in Stuttgart und zog oft mit ihren Pionieren ins Neckartal und in die Umgebung. Auch nach der Errichtung des Hitlerfaschismus führte sie ihre Arbeit fort. Sie fiel schließlich in die Hände der Henker. Doch sie verriet ihre Sache nicht, kein einziger Name eines Genossen kam über ihre Lippen. Schließlich – nach Haft und Folter – führte man sie vor ihr Söhnchen, versprach ihr Freiheit und Zusammenleben mit dem Kind, wenn sie nur einen Namen nennen würde. Doch Lilo hielt stand.

Sie wurde ein Sinnbild für die Standhaftigkeit, für den antifaschistischen Kampf des deutschen Volkes. Sie ist heute ein großes Vorbild für uns Rotgardisten."



Genossin Lilo Hermann

Die Genossen haben ihren Namen absichtlich gewählt, um zu zeigen, daß dieses Lager der ROTEN GARDE nichts mit bürgerlichem Schwof oder spießbürgerlichem Lagerleben zu tun hat, sondern einen kämpferischen, revolutionären Charakter trägt. Das heißt natürlich nicht, daß es keinen Spaß gab: Mit viel Begeisterung wurden z.B. eine „Lagerolympiade" und ein Gruppenspiel durchgeführt, bei dem zwei Gruppen anhand einer Landkarte einen ihnen unbekannten Weg marschieren und dazwischen verschiedene Aufgaben erfüllen mußten: etwa eine Bahre für einen Verletzten bauen oder im nahegelegenen Dorf die Bewohner für den am Abend geplanten Kulturabend einladen. Bei diesem Besuch im Dorf traf eine der Gruppen völlig überraschend Genossen Ernst Aust, den Vorsitzenden unserer Partei, der in der Nähe zur Kur war. Die Begeisterung war groß, als Genosse Ernst Aust mit ins Lager kam und sich auch mit einer kurzen Ansprache über die Probleme der Jugend am Kulturabend beteiligte.

Während des Kulturabends kam eine christliche Jugendgruppe, geführt von einem Pfarrer am Lager vorbei. Als der Pfarrer weiterzog, blieben einige Jugendliche da und diskutierten weiter mit den Rotgardisten. An diesem Lager nahmen auch Genossen des KJVD Killingen-Schwemingen teil, mit denen wir jetzt Diskussionen zur Einheit der Marxisten-Leninisten führen werden. Auch in dieser Hinsicht war das Lager ein Erfolg.

SCHWEIBURG

„An unserem Lager haben rund 80 Freunde, Kollegen und Genossen aus Bremen und Ostfriesland teilgenommen. Das ganze Wochenende über herrschte eine revolutionäre und fröhliche Stimmung. Wir haben während des Lagers Sportwettkämpfe, eine Wattwanderung und ein Nacht-Geländespiel durchgeführt. Abends saßen wir am Lagerfeuer und haben Arbeiter-, Bauern- und Volkslieder gesungen, Geschichten und Gedichte vorgetragen, Sketsche vorgeführt usw. Zu einem dieser Abende hatten wir durch in der Umgebung gesteckte Flugblätter auch die Bevölkerung eingeladen und es kamen ca. 10 Jugendliche und Erwachsene, die auch beim Einüben von Volkstänzen mit dabei waren. Die Jugendlichen haben uns dann zu einem Freundschaftsspiel (Fußball) Schweiburgs Jugend gegen ROTE GARDE Bremen/Ostfriesland eingeladen, das in einer solidarischen Atmosphäre stattfand. Wir haben bei diesem Lager für die Genossen in Haft 120 DM gesammelt."

WALDFISCHBACH

Die ROTE GARDE des Landesverbandes Südwest führte ihr Zeltlager vom 4. bis 6. Juni in der Nähe von Kaiserslautern durch, 20 km entfernt vom ursprünglich geplanten Platz, dessen Benutzung der ROTEN GARDE zunächst verboten worden war (die Erlaubnis kam am 4.6.). Ständig nahmen rund 170 Freunde und Genossen teil, zeitweise waren es über 200.

Am ersten Tag verkauften rund 60 Genossen in Kaiserslautern, wo die Partei bisher noch nicht gearbeitet hat, den „Roten Morgen" und diskutierten mit der Bevölkerung. Es wurden über 40 „Rote Morgen" verkauft.

Andere Ausflügler, die in der Nähe des Zeltlagers zelteten, waren zunächst skeptisch. Sie befürchteten zu großen Lärm und andere Belästigungen. Als sie das Zeltlager näher kennenlernten, änderte sich das. Zu einer Veranstaltung, die im Lager stattfand, kamen rund 20 Menschen aus der Umgebung, über 20 „Rote Morgen" wurden verkauft, einige wollen weiter Kontakt mit der Partei behalten.

Eine zweite Veranstaltung, die außerhalb des Lagers stattfand, hatte das Thema „Was will die ROTE GARDE?". Auf dieser Veranstaltung wurden über 400 DM für die Partei und 250 DM für iranische Genossen, die das Zeltlager besuchten, gespendet.

Wie in anderen Zeltlagern auch fanden hier Sportveranstaltungen, Geländespiele und Kulturveranstaltungen begeisterte Teilnehmer.



Im ROTE-GARDE-Lager in Waldfischbach vom Landesverband Südwest herrscht eine revolutionäre Stimmung. Es werden verschiedene Geländespiele, Sport- und Kulturveranstaltungen durchgeführt.



Bundeswehr-Lübeck

Ein revolutionärer Vertrauensmann berichtet

Der spontane Widerstand der Soldaten gegen die Willkür und Unterdrückung beim Bund wächst. Dieser Widerstand kommt teilweise individuell (Abwesenheit, Entziehen vom Dienst usw.), aber auch schon geschlossen zum Ausdruck, z.B. wurden für gerechte, demokratische Forderungen Unterschriften gesammelt oder mehrere Soldaten schrieben inhaltlich die gleiche Beschwerde.

Als die ROTE GARDE durch Flugblätter und die Soldatenzeitung „Roter Marder" eingriff, gerieten diese Herren sehr schnell in Panik. So wurden die Soldaten stets aufgefordert, die aufgefundenen Flugblätter sofort abzugeben, denn da stände ohnehin nichts wichtiges drin. Aber auch an revolutionären Zeitungen, Bildern, Büchern besteht reges Interesse, und so manche Stube ist mit revolutionären Bildern ausgestattet. So ist es schon recht gemütlich auf den Stuben.

Nachdem ich mit einigen Soldaten einen Soldatentreff der KPD/ML besuchte, wurde sofort danach der MAD eingeschaltet. Sie versuchten dann, Informationen aus einzelnen Soldaten herauszubekommen, um mir eventuell zersetzerische Tätigkeit nachzuweisen. Aber nicht nur dies, auch die Bespitzelungen und Einschüchterungen blieben zwecklos.

Der neuen Kantinen-„reform" wurde auf einer Mannschaftsversammlung eine klare Absage erteilt. Die Mehrheit der Soldaten stimmte für den Boykott der Kantine, der jedoch auf Grund der Schwierigkeiten mit den anderen Kompanien und dem uneinheitlichen Vorgehen nicht in die Tat umgesetzt werden konnte. Auf einem Truppenübungsplatz führten wir den Boykott jedoch konsequent durch und versorgten uns selbst. Der Kantinenwagen mit seinen Wucherpreisen wurde wieder nach Hause geschickt. Solche Aktionen stärken das Selbstvertrauen und das gemeinschaftliche Handeln.

Dem Boykott des Heimbewirtschaftungsausschusses stimmten die meisten Soldaten noch nicht zu. Das lag auch mit daran, daß die Revisionisten der D„K"P bzw. des Arbeitskreises Demokratischer Soldaten (ADS) die Mitbestimmungsillusionen in dieses Gremium schürten. In diesem HBA soll die Empörung der Soldaten aufgefangen und kanalisiert werden. So wird großartig darüber abgestimmt, ob die Soldaten lieber Sinalco, Afri, Pepsi oder Coca Cola trinken möchten. Bereits vor meiner Wahl hatte ich im allgemeinen Redeverbot während der Kp-Belehrung. Beim Weiterreden drohte man mit Bau und das zeigte allen Soldaten wiederum, was für eine „Demokratie" diese imperialistische Armee verteidigen soll. Aber nicht nur da mußten sie ihre demokratische Maske fallen lassen. Kaum einen Monat war ich V-Mann, als man meine Abberufung forderte. Ich informierte alle Soldaten davon, und diese Schweinerei stieß auf Empörung. Die Verankerung in den Massen und ihre Solidarität halfen siegen – ich blieb weiterhin revolutionärer Vertrauensmann.

Vom Aufbau des Sozialismus

ERFOLGE DES SCHANGHAIER KERNFORSCHUNGSINSTITUTS

Das Schanghaier Kernforschungsinstitut hat 1975 mehr als hundert Forschungsaufträge abgeschlossen, das waren um das 4fache mehr als 1965, dem Jahr vor Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution. Diese Erfolge sind darin begründet, daß die Mitarbeiter des Instituts, die sich vor der großen Kulturrevolution unter dem Einfluß der revisionistischen Linie nicht mehr darum bemüht hatten, dem Volk zu dienen, heute an dem Prinzip festhalten, daß die Forschungsarbeiten der Politik dienen und mit der Produktionsarbeit verbunden sein müssen.

Ein Beispiel: In diesem Institut wurde eine Gruppe für die Anwendung von Atomenergie in der Landwirtschaft gebildet. Sie hat im Vorjahr über 1 000 Sendungen Saatgut aus einer Reihe ländlicher Gebiete Ostchinas bestrahlt und so zur Züchtung guter Saaten und zur Erhöhung des Ertrags beigetragen. Die Gruppe bemüht sich außerdem, radioaktive Isotope und markierte Präparate für Industrie, Landwirtschaft und Medizin zu entwickeln. 1975 waren es über 40 Sorten, das Dreifache gegenüber 1974.

Ein anderes Beispiel: Um bei der Krebsverhütung zu helfen, gingen die Mitarbeiter des Instituts zu Untersuchungszwecken in Fabriken, Krankenhäuser und aufs Land. Sie bauten dann versuchsweise mit Hilfe von Arbeitern innerhalb von weniger als einem Jahr einen Halbleiterdetektor für intramuskuläre und Hauttumore. Bei klinischen Untersuchungen erreichte das Gerät eine Genauigkeit von etwa 90%.

BEWÄSSERUNGSPROJEKT ABGESCHLOSSEN

Der Kreis Huihsiän ist ein Gebiet, in dem vor der Befreiung viele Bauern wegen der Dürre auf den steinigen Feldern vertrieben wurden.

Doch heute, unter der Führung ihrer kommunistischen Partei, haben die Bauern vom Kreis Huihsiän riesige Wasserbauten für eine gleichmäßige Bewässerung ihrer Felder gebaut. Sie haben einen Stausee fertiggestellt, der 30 Millionen Kubikmeter Kapazität hat und insgesamt 70 000 Mu Felder bewässert.

Um die Dürre zu bekämpfen und unabhängig von den Naturkatastrophen zu werden, haben die Bauern, oft nur mit Meißel und Hammer, in mühsamer Arbeit Stück für Stück aus dem harten Felse herausgebrochen. Manchmal war der Stein so hart, daß nach einer Stunde Arbeit gerade nur kleine Kerben im Stein zu sehen waren. Doch die Kommunebauern, unter ihnen auch „eiserne Mädchen", setzten ununterbrochen ihre harte Arbeit fort und bearbeiteten noch gleich die herausgebrochenen Felsstücke zu Steinen für den Bau des Staudamms. Mit 2 800 Arbeitskräften hatte man drei Jahre für die Fertigstellung dieses Baus geplant. Doch die breiten Massen haben nach der Generallinie für den Aufbau des Sozialismus „mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen" den Stausee schon in einhalb Jahren fertiggestellt. Insgesamt haben sich sieben Volkskommunen an diesem Projekt beteiligt.

GEWALTIGE AUFLAGENHÖHE DER WERKE VON MARX, ENGELS, LENIN, STALIN UND DER SCHRIFTEN DES VORSITZENDEN MAO TSETUNG

Insgesamt 4,8 Milliarden Exemplare der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin sowie des Vorsitzenden Mao wurden in den 10 Jahren seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution in Chinas Buchhandlungen verkauft. Das ist 8mal so viel wie in den 17 Jahren vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution.

"Antirepressionskongress"

Ein Betrugsmanöver des "Sozialistischen Büro"

Vom 5. bis zum 7. Juni hat in Frankfurt ein sogenannter „Antirepressionskongreß" des „Sozialistischen Büros" stattgefunden. An den Kongreß und der mit ihm verbundenen Demonstration beteiligten sich rund 20 000 Menschen. Auch das ist ein Ausdruck davon, daß die Empörung über die politische Unterdrückung groß ist und viele Menschen zum Kampf in der einen oder anderen Form bereit sind. Das „Sozialistische Büro" allerdings sabotiert in Wirklichkeit diesen Kampf, die Grundlagen seiner Politik sind trotzkistisch, darauf berechnet, der wachsenden Empörung über die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik, über die fortschreitende Faschisierung die Spitze abzubrechen und die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes gegen den kapitalistischen Staat mit dem Ziel der sozialistischen Revolution wütend anzugreifen.

Wer verbirgt sich hinter dem „Sozialistischen Büro"?

Ein Blick auf die führenden Funktionäre, die Herausgeber und Verfasser der Artikel ihres Organs „links" machen schnell klar, daß es sich hier um eine Gruppe von Trotzkisten der „IV. Internationale", verkappten Revisionisten und „linken" Sozialdemokraten handelt. In der Sondernummer zum Antirepressionskongreß z.B. erhält der berüchtigte Trotzkist E. Mandel Gelegenheit, solche konterrevolutionären Thesen zu verbreiten wie, daß die Arbeiterklasse im Sozialismus „bürgerlichen Politikern, bürgerlichen Ideologen, bürgerlichen Professoren völlige Rede- und Schreibfreiheit geben" muß („links" Nr. 73/76, S.40). Auch Oskar Negt, Elmar Altvater, B. Blanke, R. Dutschke usw. usf. – sie alle sind Feinde der Arbeiterklasse und der sozialistischen Revolution.

Das „Sozialistische Büro" kämpft gegen die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und den Marxismus-Leninismus.

Im Manifest des „Sozialistischen Büros" zum Antirepressionskongreß wird die Herstellung von „Gegenöffentlichkeit" und die „internationale Zusammenarbeit der Linken", besonders in Westeuropa, gefordert. Ganz abgesehen davon, daß die Herstellung von „Gegenöffentlichkeit" noch lange kein Kampf gegen die politische Unterdrückung ist und bei der „internationalen Zusammenarbeit" das trotzkistische Konzept einer „internationalen Strategie zur Niederwerfung des Kapitals" durchschimmert – mit wem bevorzugt denn nun das „SB" die Zusammenarbeit und mit wem lehnt es sie ab?

Keine Solidarität übt das „SB" vor allem mit den Marxisten-Leninisten und allen wirklichen Revolutionären. Klipp und klar heißt es in „links" 73/76, S.28, in Bezug auf unsere Partei, die GRF und den KBW, daß „keine politische Solidarität mit diesen Organisationen möglich ist". Und zwar aus folgendem Grund: „Da diese Organisationen den Kampf gegen das Grundgesetz wenigstens teilweise zu ihrem Ziel erklärt haben ..." und „Das Abrücken von der bürgerlichen Verfassung, wie es einige K-Gruppen (damit meint das „SB" die KPD/ML, den KBW und die GRF – RM) vornehmen, ist unverantwortlich, weil eine solche Politik die Gefahr der Illegalisierung verstärkt."

Grundlage der sogenannten Solidarität des „SB" ist also die Anerkennung des Grundgesetzes und der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Es liegt auf der Hand, daß es sich damit in eine Reihe nicht nur mit den modernen Revisionisten, sondern sogar mit der Bourgeoisie selbst stellt.

Um nicht völlig den Schein der „Fortschrittlichkeit" zu verlieren, erfindet das „SB" die Solidarität „in einer Sachposition". Gemeint ist damit, daß sich das „SB" in bestimmten Punkten gegen die politische Verfolgung und Unterdrückung der Marxisten-Leninisten und wirklichen Revolutionäre aussprechen will, weil „damit juristisch eine Praxis begründet wird, die einmal für die gesamte Linke relevant werden kann". Das ist die Praxis aller Opportunisten und Feinde der Revolution, die an und für sich nichts dagegen haben, wenn die Bourgeoisie die Marxisten-Leninisten unterdrückt, die nicht die Bourgeoisie anklagen und bekämpfen, sondern die Revolutionäre für die wachsende politische Unterdrückung verantwortlich machen. „Erhebt euch nicht zum Kampf", erklären sie der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen und flehen gleichzeitig die Bourgeoisie an, doch nicht sie, die „Hüter der Verfassung", in einen Topf mit den Marxisten-Leninisten zu werfen. „Verfolgt nur diese, laßt uns in Frieden", das ist es, was das „Sozialistische Büro", wenn es ehrlich wäre, offen aussprechen müßte.

Stellt sich die Frage, mit wem das „SB" „politische Solidarität" übt.

In den „Thesen" des „SB" heißt es z.B., daß die modernen Revisionisten der D„K"P, die Hauptagentur der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, „heute die größte sozialistische Organisation in der BRD" ist. Vor allem aber vollführt das „SB" einen wahren Eiertanz, um die SPD und den DGB-Apparat als fortschrittliche Kräfte hinzustellen. Die SPD ist eine Partei der Monopolbourgeoisie, aber das „SB" bezeichnet sie als Partei der Arbeiterbewegung, keine eindeutig festgelegte bürgerliche Klassenpartei. Nach Meinung des „SB" soll sich das daraus ergeben, daß die SPD große Teile der Arbeiterklasse und vor allem der Gewerkschaften an sich zu binden vermag. Das ist die „Theorie des Rechtskartells" der modernen Revisionisten in etwas anderer Form, die Theorie des „kleineren Übels SPD" gegenüber der CDU. Das „SB" nimmt die SPD, wo es kann, in Schutz. Was die politische Unterdrückung angeht, erklärt das „SB", die von der SPD und dem Gewerkschaftsapparat durchgeführte „Repression" richte sich nur gegen unbedeutende „linke Minderheiten", nicht aber gegen die „Masse der Lohnarbeiter". Dieser Zynismus ist schon kaum noch zu übertreffen.

Das „SB" kritisiert denn auch den „rechtssozialdemokratischen" Kanzler Schmidt nicht etwa, weil er die Faschisierung vorantreibt, sondern, weil er durch seine Politik systematisch alle Machtpositionen räumen würde, von denen aus „Widerstand" gegen eine von der CDU drohende weitere „Rechtsentwicklung" geführt werden könnte. Man glaubt direkt den SPD-Abgeordneten Herrn Dieter Lattmann zu hören, der in einer Veranstaltung in Dortmund gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz erklärte, es sei schon immer ein wesentliches Merkmal der Sozialdemokratie gewesen, daß sie in Stunden der Not solidarisch zusammenstehen würde. Deswegen hätte man auch nicht gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz stimmen dürfen. Jetzt, wo diese Gesetze da seien, müsse man – die SPD wählen – weil nur sie die Anwendung dieser Gesetze verhindern könnte, so wie es die CDU vorhabe. So offen spricht es das „SB" natürlich nicht aus – aber, solange es mit dem Projekt einer eigenen Parteigründung nicht vorankommt, ist das in Wirklichkeit die Konsequenz, die übrigbleibt.

Folgerichtig verharmlost das „SB" die von der Bourgeoisie betriebene Faschisierung und versteckt sich hinter dem Slogan „Repression". „Weder befinden wir uns im Faschismus noch auf dem Weg zu ihm. Wir befinden uns nicht einmal in einer vorfaschistischen Periode", erklärte Heinz Brandt in „links" 73/76.

Der Faschismus ist das letzte Mittel der Bourgeoisie, um ihre Ausbeuterherrschaft gegen die proletarische Revolution zu retten. Je mehr sich der Klassenkampf verschärft, desto mehr beschreitet die Bourgeoisie diesen Weg.

Das „SB" kämpft gegen diese marxistisch-leninistische Wahrheit, ebenso wie es gegen die marxistisch-leninistische Einschätzung des bürgerlichen Staates kämpft. Für das „SB" ist der bürgerliche Staat nicht das Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, das die Arbeiterklasse entschieden bekämpfen und in der sozialistischen Revolution zerschlagen muß. Im Gegenteil schürt das „SB" Illusionen über die Möglichkeit der friedlichen Eroberung und der schrittweisen Demokratisierung des bürgerlichen Staates. „Eine sozialistische Strategie zu diesem Zeitpunkt muß gerade darin bestehen, um die Verfassung zu kämpfen . . .", behauptet das „SB".

Daraus ergibt sich auch, daß das „SB" die bewaffnete sozialistische Revolution, die höchste Form des Klassenkampfes des Proletariats als „Urwaldvorstellung des Klassenkampfes" verächtlicht zu machen sucht. Die „Diktatur des Proletariats" ist ihnen zufolge eine „naive Machtvorstellung", weil die Gesellschaft heute so weit entwickelt und so kompliziert worden sei, daß die Diktatur des Proletariats schon längst überholt sei.

Der Kampf gegen die wachsende politische Unterdrückung, gegen die Faschisierung muß revolutionär gegen den kapitalistischen Staat mit dem Ziel seiner Zerschlagung in der sozialistischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats geführt werden. Wer diese Tatsache, wie das „SB", zu vertuschen versucht, will die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen in Wirklichkeit entwaffnen und ebnet dem Faschismus den Weg. Das „SB" erfüllt dabei eine besondere Aufgabe. Es richtet sich vor allem an die kleinbürgerliche Intelligenz, um diese, die durch ihren schwankenden Charakter und durch den Druck der Berufsverbote verunsichert ist, politisch der Bourgeoisie in die Hände zu treiben. Die konterrevolutionäre, trotzkistisch-revisionistische Politik des „SB" muß entschieden bekämpft werden.



COBURG

Am 14.6.76 fand in Coburg ein Prozeß gegen K.H. Hoffmann wegen „Volksverhetzung" und „übler Nachrede" statt. Das Interesse an diesem Prozeß gegen einen Kommunisten war sehr groß, etwa 40 Menschen waren gekommen. Angeklagt war der Genosse, weil er presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt der Partei war und einen „Roten Morgen" verkauft haben soll, in dem die Wahrheit über den Tod des Genossen Günter stand.

Im Prozeß wollte der Staatsanwalt das vorläufige Gutachten von Prof. Adebahr vorlesen, der als Obduzent nach Günters Tod behauptet hatte, Günter Routhier sei an einer spontanen Blutung gestorben. Der Genosse erhob Einspruch dagegen und verlangte, daß das neue Gutachten von Prof. Krauland und die Zeugen des Polizeieinsatzes im Duisburger Arbeitsgericht gehört werden.

Das Gericht beschloß daraufhin, den Prozeß auszusetzen und an einem erneuten Verhandlungstermin die Zeugen und das Gutachten anzuhören.

Vor dem Prozeß hatte die ROTE GARDE einen Informationsabend zum Prozeß veranstaltet. Auf dieser Veranstaltung wurden 68 DM für die Prozeßkosten gespendet.

Im Anschluß an die Veranstaltung gingen die Genossen in das Gästezimmer und unterhielten sich mit den anwesenden Stammgästen über den Prozeß. Alle anwesenden Gäste waren sehr empört über das Vorgehen der Bourgeoisie und erzählten, daß sie die Flugblätter dazu schon gelesen hätten. Ein Arbeiter fragte, ob er ein paar Flugblätter bekommen könne, um sie auf seiner Baustelle zu verteilen.

DORTMUND

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde jetzt ein Verfahren gegen Genossin Karin Wagner vorläufig eingestellt. Begründung: Die in diesem Verfahren zu erwartende Strafe stünde in keinem Verhältnis zu den Strafen, die nach einem anderen Prozeß zu erwarten wären!

In diesem Verfahren geht es um zwei Flugblätter, unter denen der Name von Karin Wagner steht. Die Staatsanwaltschaft warf ihr deshalb unter anderem „böswillige Verächtlichmachung der Bundesrepublik" vor.

Vor rund einem Jahr kam es zum Prozeß, in dem Karin Wagner erklärte, daß sie für diese beiden Flugblätter im Gegensatz zu anderen Publikationen der Partei nicht presserechtlich verantwortlich sei. Obwohl der Staatsanwalt das Gegenteil nicht beweisen konnte, forderte er 4 Monate Gefängnis ohne Bewährung. Gleichzeitig beantragte er noch in seinem Plädoyer die Ladung eines Zeugen, der beweisen sollte, daß Genossin Karin die fraglichen Flugblätter verfaßt, lay-outet und zur Verbreitung ausgegeben habe. Dieser Versuch, die Genossin zu „überführen", erwies sich jedoch als Reinfall, da der Zeuge dazu überhaupt nichts aussagen konnte, als er von der Staatsanwaltschaft vernommen wurde.

SPENDENKONTO
Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter
bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto -
Sparkasse Dortmund
Kto.Nr.: 321 004 547
Stichwort: Solidarität

Kurz vor Ostern fand dann auf Antrag der Staatsanwaltschaft bei der Genossin eine Hausdurchsuchung statt. Ausgerüstet mit einem Hausdurchsuchungsbefehl, in dem es hieß, daß Mitglieder von Organisationen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung stürzen wollten, in der Regel ihre Gedanken schriftlich niederlegen und nachträgliche Notizen über Aktionen aufbewahren würden, suchten kurz vor Ostern 1976(!) vier Kripo-Beamte die Unterlagen von den beiden Flugblättern, die im Herbst 1974(!) und Anfang 1975(!) verteilt worden sein sollen! Sie fanden natürlich nichts.

Jetzt stellte die Staatsanwaltschaft dann selbst den Antrag, das Verfahren vorläufig einzustellen. Das ist einmal ein Versuch, die erlittene Schlappe zu vertuschen und um einen Freispruch im Prozeß herumzukommen. Zum anderen will man so offensichtlich die Genossin mürbe machen, indem man ihr einerseits mit hohen Gefängnisstrafen in einem anderen Prozeß droht und andererseits die Möglichkeit offenhält, dieses Verfahren irgendwann doch wieder aufzurollen und der Genossin durch ein Terrorurteil eine weitere Gefängnisstrafe anzuhängen.

Terrorurteil gegen Redakteur des KBW

14 Monate Gefängnis ohne Bewährung

In Heidelberg hat die bürgerliche Klassenjustiz ein Terrorurteil gegen den Genossen Volker Hurrle gefällt. Volker Hurrle ist presserechtlich verantwortlicher Redakteur der „Kommunistischen Hochschulzeitung" des KBW. Das Urteil lautet auf vierzehn Monate Gefängnis ohne Bewährung. Angeklagt waren zwei Artikel der „Kommunistischen Hochschulzeitung", in denen dazu aufgerufen worden war, durch Demonstrationen und die Blockade der Schienen, Fahrpreiserhöhungen der „Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG – HSB" zu verhindern.

Bekanntlich hatte der Heidelberger Stadtrat im Sommer 1975 Fahrpreiserhöhungen für den öffentlichen Nahverkehr angekündigt. Tausende von Menschen kämpften damals in den Straßen der Stadt gegen diesen Angriff. Die Polizei ging mit äußerster Brutalität gegen die Demonstranten vor, setzte Gummiknüppel, Tränengas und eine spezielle Spielart des „chemical mace" ein,, um die Kämpfe niederzuschlagen. Trotz des Terrors der Polizei, gegen den sich die Demonstranten militant zur Wehr setzten, dauerten die Kämpfe tagelang an. Vor dem Hintergrund dieser Kämpfe, die, wie es die Staatsanwaltschaft in ihrer Anklageschrift nennt, Heidelberg „tagelang in kriegsähnliche Auseinandersetzungen" verwickelten, muß man diesen Prozeß und vor allem das Terrorurteil sehen.

So hetzte der Heidelberger Staatsanwalt Johe von Anfang an in faschistischer Manier gegen den berechtigten Kampf der Heidelberger Bevölkerung. Offen erklärte er während des Prozesses: „Wir müssen hier und heute scharfe und abschreckende Strafen gegen die Rädelsführer verhängen, in drei bis vier Jahren ist es zu spät. Die Frage steht so: Entweder Kapitulation dieses Staates oder er wehrt sich! Wir müssen heute die Stirn zeigen und dürfen den Schutz des Staates nicht nur den Polizeibeamten überlassen, sondern hier in den Gerichtssälen nachvollziehen und auch eigene Hand anlegen. Wir müssen sagen: in diesem Staat bin ich groß geworden!"

Die bürgerliche Klassenjustiz, das wird hier klar, richtet sich gegen die Werktätigen, sie ist ein Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Volkes. Und genau das war auch gemeint, als Johe während des Prozesses davon sprach, daß dem „Recht wieder zum Durchbruch verholfen" werden müsse.

Weg mit dem Terrorurteil gegen Volker Hurrle und Einstellung aller Heidelberger-Straßenbahn-Prozesse!

Eine Provokation der politischen Polizei

Mittwoch, 9. Juni: Fünf zivile Beamte der politischen Polizei Bielefeld dringen in die Wohnung des Genossen Günter Sprute ein. Sie haben weder einen Hausdurchsuchungsbefehl, noch geben sie irgendeine Erklärung ab. Sie zerwühlen die Wohnung und nehmen Günter fest. Unter Androhung von Gewalt schleppen sie ihn aufs Revier. Nach zweieinhalbstündigem Verhör wird er erkennungsdienstlich behandelt. Erst 2 Tage später wird der Genosse entlassen.

Hinter diesem brutalen Polizeiüberfall der politischen Polizei auf Genossen Günter steckt Methode. Anfang des Jahres mußte Genosse Günter im Jugendgefängnis von Bad Oeynhausen eine Strafe von vier Wochen absitzen. Er war von der bürgerlichen Klassenjustiz verurteilt worden, weil er sich bei einer Demonstration in Dortmund anläßlich des Todes von Holger Meins gegen die knüppelnde Polizei verteidigt hat. Genosse Günter war der erste politische Häftling in dieser Anstalt. Als in der Nacht vom 7. auf den 8. Juni in das Jugendgefängnis von Bad Oeynhausen zwei Brandbomben geworfen wurden – nahm die politische Polizei den Genossen Günter fest und verdächtigte ihn dieser Tat. Zugleich verdächtigte sie ihn, dem Leiter des Gefängnisses telefonisch mit Mord gedroht zu haben.

Für diesen Verdacht gegen den Genossen Günter gibt es keinerlei Beweise, Im Gegenteil. Ein Dutzend Kollegen der Nachtschicht des Bielefelder „Westfalenblattes" (Günter arbeitet dort als Fotosatzmonteur der Anzeigenmettage) können bezeugen, daß Günter zur Tatzeit in der Nachtschicht zusammen mit ihnen gearbeitet hat. Die Polizei mußte denn auch zu einem solchen absurden „Beweis" greifen wie zu behaupten, die Tatsache, daß Günter während seiner Haftzeit an die Wand seiner Zelle die Parole „Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!" geschrieben habe, mache ihn hinreichend verdächtig. Die Polizei ging noch einen Schritt weiter, um Druck auf Günter auszuüben. Sie sorgte dafür, daß er seine Stelle beim „Westfalenblatt" verlor und auf die Straße gesetzt wurde. Offizielle Begründung: Arbeitsmangel. Angesichts der Arbeitshetze, der zahlreichen Überstunden, angesichts der Tatsache vor allem, daß noch Anfang Juni per Anzeige ein gelernter Schriftsetzer für die Anzeigenmettage gesucht wurde, liegen die politischen Gründe für die Entlassung klar auf der Hand.

Genosse Günter ist Rotgardist, er hat mit dem Anschlag auf das Gefängnis in Oeynhausen nichts zu tun. In einem Flugblatt der ROTEN GARDE Bielefeld heißt es dazu: **„Wir wissen, die sozialistische Revolution, die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung, kann nur das Werk der Volksmassen sein. Und auch Günter ist dieser Auffassung. Jeder, der Bomben in ein Gebäude wie eine mit Jugendlichen belegte Anstalt wirft, richtet sich gegen das Volk. Diese Aktion geht nicht auf das Konto der ROTEN GARDE."**

Ganz offensichtlich will die Polizei den Genossen Günter unter Druck setzen. Indem sie versucht. ihm den Bombenanschlag in die Schuhe zu schieben, soll gleichzeitig unsere Partei, die KPD/ML, und unsere Jugendorganisation, die ROTE GARDE, kriminalisiert werden.

Korrespondenzen

Redaktion
„ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

NACH UNTERSUCHUNGSHAFT AN GEHIRNBLUTUNG GESTORBEN

Liebe Genossen,
von empörten türkischen Kollegen der AG Weser erfuhr ich, daß am 25.4.1976 ein türkischer Arbeiter, namens Ali Gencer höchstwahrscheinlich an den Folgen seines Aufenthaltes im Untersuchungsgefängnis Bremen-Mitte gestorben ist.

Anlaß für seine Festnahme in Untersuchungshaft war eine Schlägerei in einer Diskothek am Bremer Bahnhof, die von fünf französischen Marinesoldaten provoziert worden war.

Die in die Diskothek anrückende Polizei nahm Ali und seine türkischen Kollegen mit, steckte sie in Untersuchungshaft, die Franzosen wurden freigelassen.

Ali war während der ganzen Zeit im Untersuchungsgefängnis in Einzelhaft. Er wurde fast jeden zweiten Tag verhört, wurde sogar eine Zeitlang in eine Dunkelzelle gesperrt. Die Zelle war äußerst schlecht temperiert: Einmal war sie völlig überhitzt, das andere Mal eiskalt. Verwandtenbesuch war nur selten erlaubt; und wenn, dann nur in Begleitung eines Polizeidolmetschers und eines Kripobeamten. Es durfte nur über private Dinge geredet werden, nicht über Angelegenheiten seiner Verteidigung usw.

Und das alles, obwohl Ali einen festen Wohnsitz und einen festen Lebenskreis hatte (seine ganze Familie wohnte in Gröpelingen) und weder Flucht- noch Verdunklungsgefahr bestand.

Wenn Ali und seine Familie über ihren Rechtsanwalt eine Anschuldigung des Staatsanwaltes als unhaltbar widerlegt hatten, wurde eine neue aufgetischt. So wurde er insgesamt 5 1/2 Monate in U-Haft gehalten. Hieran zeigt sich: Die wachsende Faschisierung in der Bundesrepublik ist nicht nur gegen die Marxisten-Leninisten gerichtet, sondern auch gegen jeden kämpferischen Kollegen.

Nach seiner Entlassung am 5.1. aus dem Gefängnis verschlechterte sich sein Gesundheitszustand nach einer Woche. Ali, der vorher kräftig und gesund war, nahm innerhalb von wenigen Wochen 20 kg (!) ab. Er wurde immer schwächer und kränker. Es traten plötzlich Lähmungserscheinungen auf, etwas später kamen noch sehr starke Kopfschmerzen hinzu. Er mußte schließlich ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Dort starb Ali Gencer am 25. April 1976 an einer Gehirnblutung. Der Arzt, der den Totenschein ausstellte, sagte der Familie: Ursache der Gehirnblutung sei, daß „er sich zuviel Gedanken gemacht habe"! Ohne Zustimmung der Familie wurde eine Obduktion durchgeführt. Das Ergebnis der Obduktion liegt bis heute der Familie nicht vor. Ali Gencers Leiche wurde nur noch zur Überführung in die Türkei freigegeben, so daß eine zweite Obduktion durch einen Vertrauensarzt der Familie nicht mehr möglich ist.

An diesem Fall haben viele – besonders der türkischen Kollegen – gesehen: Der westdeutsche Staat bedeutet für den Arbeiter keinerlei Freiheit oder Demokratie, sondern zeigt immer deutlicher sein Gesicht als Zuchthaus für die Werktätigen.

Ein Genosse aus Bremen

„OPERATIONSIRRTUM"

Liebe Genossen,
ich arbeite in einer großen Frauenklinik in Bremen. Ich möchte euch heute einige Beispiele schreiben, aus denen ihr ersehen könnt, wie unmenschlich unser heutiges Gesundheitssystem ist, wie gleichgültig die „verantwortlichen" Chefs und Oberärzte dem Wohle der Patientinnen gegenüber sind.

Frau B. 48 Jahre alt, wurde per Bauchschnitt operiert. Es sollte die Gebärmutter herausgenommen werden. Es wurde aber nur der Gebärmutterkörper entfernt, nicht der Gebärmutterhals und der Gebärmuttermund (portio). Der Operateur, ein Oberarzt war aber in dem Glauben, die gesamte Gebärmutter entfernt zu haben. Bei der Nachuntersuchung durch den Stationsarzt stellte sich heraus, daß nicht alles entfernt wurde. Es wurde nun fast zwei Stunden diskutiert, welche Frau wohl irrtümlich um ihre Gebärmutter gebracht worden war, weil man zunächst annahm, daß man bei der operierten Frau auch den Gebärmutterkörper drin gelassen hatte. Der Oberarzt wollte nicht zugeben, daß er einen Fehler gemacht hatte und hat dann schließlich den Operationsbericht der Wahrheit entsprechend geändert.

Für die Patientin bedeutet das aber, daß sie eventuell noch einmal operiert werden muß, weil der häufigste Krebs bei der Frau der Gebärmutterhalskrebs und Gebärmuttermundkrebs ist. – Zunächst wollte der Professor und sein Oberarzt der Frau verheimlichen, daß sie falsch operiert wurde und wollten sie glauben machen, daß die Gebärmutter noch drin ist. Sie empfahlen ihr sogar, die Anti-Baby-Pille weiter zu nehmen. Der Stationsarzt klärte die Patientin aber wahrheitsgemäß auf.

Rotfront,
eine Arztgenossin aus Bremen

(Anmerkung der Redaktion: Aus Platzgründen konnten wir leider nicht alle Beispiele abdrucken.)

ERFOLG FÜR DIE EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN

Aus Rüsselsheim können wir von einem erfreulichen Ereignis berichten: Die Marxistisch-Leninistische Gruppe Rüsselheim (MLG), ein lokaler Zirkel, aus der Gruppe Rote Fahne Bochum entstanden, hat einstimmig die Auflösung beschlossen. Die Genossen wollen zukünftig unter Führung der Partei arbeiten.

Vorausgegangen sind diesem Beschluß seit etwa 4 Monaten andauernde Gespräche und Auseinandersetzungen in Form einer öffentlichen Diskussionsrunde mit Genossen der Betriebszelle Opel der Partei. Die GRF (KPD), die ebenfalls zu dieser Diskussion eingeladen war, hielt es nach einmaligem Erscheinen nicht mehr für nötig, an den Gesprächen weiter teilzunehmen. Stattdessen hatte sie den Genossen der MLG schon vorher einen Brief geschrieben, in dem sie die MLG in einer unverschämten Art und Weise aufforderte, sich der GRF (KPD) anzuschließen, weil man sich „politisch genügend kennengelernt" habe. Wahrlich, eine prinzipienfeste Haltung zur Frage der Einheit! In der Gesprächsrunde wurden dann Fragen zu folgenden Bereichen diskutiert: Fragen der Generallinie, der Strategie und Taktik in unserem Land, Fragen zur Partei, zu ihrer Entstehung, war die Partei zwischenzeitlich entartet usw. Auch im gemeinsamen Kampf wurde die Einheit hergestellt. In gemeinsamen Aktionen wie zum Schmidt-Besuch bei Opel, zum Antikriegstagsprozeß gegen Genossen Singer und zum 1. Mai lernten sich Partei und MLG kennen und stellten die Einheit im Kampf her.

Bei allen diesen Kämpfen wurde den Genossen der MLG einerseits das spalterische Wesen und der Opportunismus der GRF (KPD) klarer, andererseits wurde die Politik der Partei erklärt. Theorien, wie z. B. die nationale Frage über die Frage der sozialistischen Revolution zu stellen, wurden entschieden zurückgewiesen. Kritisiert wurde die Tendenz zur Blockbildung mit der eigenen Bourgeoisie bei der GRF (KPD), sowie die falsche einseitige Einschätzung der modernen Revisionisten. Zum Abschluß der Gespräche wurde vor kurzem noch das gemeinsame Kommunique zwischen GRF (KPD) und der Partei diskutiert. Auch diese Diskussion trug noch zur Vertiefung der Einheit bei und zog einen Trennungsstrich zu den opportunistischen Positionen der GRF. Daß die Genossen der MLG nun mit ihrer Zirkelvergangenheit selbstkritisch gebrochen haben, ist für uns in Rüsselsheim und auch überhaupt ein guter Schritt vorwärts. Wir freuen uns, die Genossen der MLG, die in einem prinzipienfesten ideologischen Kampf gewonnen wurden, in unserem Reihen begrüßen zu können!

Rot Front,
Betriebszelle Opel/Rüsselsheim

Radio Tirana

Dimitroff- ein grosser Marxist-Leninist

Der Beitrag, den Georgi Dimitroff für die Sache des Proletariats, die Verstärkung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung, die konsequente Verteidigung und Entwicklung des Marxismus-Leninismus und besonders die Diktatur des Proletariats und ihren Staat als hervorragender Antifaschist und als Schüler und treuer Mitarbeiter Lenins und Stalins geleistet hat, reiht ihn an der Seite der hervorragendsten Revolutionäre und der geliebtesten Führer des Proletariats ein. Als treuer Sohn der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen Bulgariens leistete Georgi Dimitroff vor allem einen großen Beitrag im Kampf gegen die verschiedenen Opportunisten, für die Formung und Stählung der Kommunistischen Partei Bulgariens und den Aufbau des Sozialismus in Bulgarien.

Der entschlossene prinzipienfeste Kampf Stalins, Georgi Dimitroffs und der anderen Marxisten–Leninisten gegen Opportunismus, Revisionismus und Sozialdemokratie, zur Verteidigung der leninistischen Linie der KOMINTERN führte dazu, daß die Kommunistische Internationale zu einer machtvollen Kampforganisation der kommunistischen Weltbewegung und des internationalen Proletariats wurde.

Georgi Dimitroff leistete einen wichtigen Beitrag, um die Reinheit des Marxismus-Leninismus gegen die Angriffe und die Verfälschung der Opportunisten, Revisionisten und Trotzkisten zu verteidigen, ihn weiterzuentwickeln und zu bereichern, indem er das marxistisch-leninistische Denken hinsichtlich vieler wichtiger Probleme weiter ausarbeitete.

In den dreißiger Jahren, in einer Zeit der Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und der Verstärkung des revolutionären Schwungs der Arbeiterklasse, als die Bourgeoisie in mehreren Ländern nicht mehr in der Lage war, mit den alten Methoden des bürgerlichen Parlamentarismus zu regieren, und deshalb in Deutschland, Japan, Italien und anderen Ländern den Faschismus an die Macht brachte, rief Dimitroff zum revolutionären Kampf gegen den Faschismus auf. Sein Bericht auf dem 7. Kongreß der KOMINTERN bezeichnet den Faschismus als offen terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Teile des Finanzkapitals und als einen Verrat der Opportunisten und Revisionisten, die sich bemühten, die Klassennatur des Kapitalismus und Faschismus zu verzerren.

Damals wies Dimitroff auf die Notwendigkeit der proletarischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats hin. „Für uns muß es völlig klar sein", erklärte Dimitroff, „daß der Faschismus keine örtliche und auch keine zufällige und vorübergehende Erscheinung ist. Er ist ein ganzes System der Herrschaft der bürgerlichen Klasse und ihrer Diktatur in der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution."



Am 18.6.1976 wäre Dimitroff 94 Jahre alt geworden.

Die Chruschtschow-Revisionisten haben stets versucht, durch Demagogie und Verlogenheit mit dem Leben und Werk dieses hervorragenden Führers des Proletariats und der kommunistischen Weltbewegung zu spekulieren. Sie wollen nach wie vor sein Werk als Banner benutzen, um die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen irrezuführen und sich als würdige Erben Dimitroffs hinzustellen und ihren Verrat am Marxismus-Leninismus, die Wiederherstellung des Kapitalismus und die Zusammenarbeit mit der imperialistischen Bourgeoisie zu tarnen. Die Chruschtschow-Revisionisten, die auf dem 20. Parteitag die KOMINTERN und ihre hervorragenden Führer, darunter auch Dimitroff in den Schmutz zogen, haben die Prinzipien des Marxismus-Leninismus über die Revolution, die Diktatur des Proletariats und den Kampf gegen das Kapital und den Faschismus mit Füßen getreten, Prinzipien, um die Dimitroff einen titanenhaften Kampf geführt hatte.

Besonders aber nutzen die Chruschtschow-Revisionisten die Gestalt Dimitroffs als Internationalist aus. Bekanntlich gab Dimitroff zur Zeit Lenins und Stalins, als die Sowjetunion Zentrum der Weltrevolution war, seine Losung aus, daß die Haltung zur Sowjetunion ein Prüfstein und ein Kriterium für den proletarischen Internationalismus ist. Heute aber, da in der Sowjetunion Marxismus-Leninismus und Revolution verraten worden sind, da die revolutionäre Politik und die Unterstützung der Befreiungskämpfe der Völker und die Solidarität mit ihnen durch eine Hegemonie- und Expanisonspolitik, durch die brutalen Einmischungen in die inneren Angelegenheiten anderer, durch imperialistische Intrigen und Komplotte gegen souveräne Staaten und Länder ersetzt worden sind, kann dieses Kriterium nicht mehr gelten, und Internationalist ist, wie Genosse Enver Hoxha unterstrichen hat, nur **„derjenige, der die Sowjetrevisionisten bekämpft, ihren Verrat entlarvt, mit allen Kräften ihre antimarxistische und imperialistische Politik und Linie zurückweist."** (Rechenschaftsbericht des ZK der PAA auf dem 6. Parteitag, Seite 27).

Der proletarische Internationalismus ist eine Ideologie des Proletariats, er vertritt seine Klasseneinheit im Kampf für den Sturz des Kapitalismus, für den Aufbau des Sozialismus und für die Unabhängigkeit und Befreiung der Völker. Deswegen können antiproletarische und revisionistische Staaten, die revisionistischen Parteien, die zu Lakaien der Bourgeoisie geworden sind, nicht internationalistisch sein. Der proletarische Internationalismus findet sich niemals mit der kapitalistischen Großbourgeoisie und mit den imperialistischen Trusts und Monopolen, mit den Unterdrückern der Revolution und den Feinden des Kommunismus ab, sondern steht im Kampf mit ihnen. **„Wir albanischen Revolutionäre"**, hat Genossen Enver Hoxha gesagt, **„lernten aus dem Kampf, den gewaltigen Anstrengungen Dimitroffs, liessen uns von diesem Kampf erziehen und folgten seinem Beispiel. Dimitroff gehörte zu uns. Er stand in unseren Herzen und in unserem Denken stets an unserer Seite. Die Partei der Arbeit Albaniens und alle aufrechten marxistisch-leninistischen Parteien lernen nach wie vor aus dem prinzipienfesten Kampf Dimitroffs gegen den Opportunismus, aus seiner internationalistischen und revolutionären Einstellung, aus seiner Überzeugung und aus seinem unerschütterlichen Vertrauen in den Triumph der großen Sache des Kommunismus."** (gekürzt).

"Albanien heute" Nr. 2 erschienen

Dieser Tage erschien die Nr. 2/76 der politischen und informativen Zeitschrift „Albanien heute". Die Zeitschrift erscheint in englischer, französischer, spanischer, deutscher und italienischer Sprache und hilft den Lesern, sich ein Bild über die albanische Realität und die Haltung Albaniens zu den wichtigsten internationalen Problemen zu machen.

Die erwähnte Ausgabe der Zeitschrift enthält mehrere wichtige Materialien, darunter eine Zusammenfassung des Berichtes über die Erfüllung des Staatsplans und des Staatshaushaltes im Jahr 1975 sowie über den Plan und den Haushalt für das Jahr 1976, erstattet im Namen des Ministerrats auf der 6. Sitzung der 8. Legislaturperiode der Volksversammlung von Petro Dode, Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates und Vorsitzender der Staatsplankommission. Ferner enthält die Zeitschrift eine Zusammenfassung der wichtigsten Materialien der wissenschaftlichen Konferenz über Fragen der Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, die im Februar dieses Jahres in Tirana vom Institut für marxistisch-leninistische Studien beim Zentralkomitee der Partei der Arbeit und der Akademie der Wissenschaften und der Universität organisiert worden war.

In dem Artikel „Die Wirtschaft der Volksrepublik Albanien hält erfolgreich der imperialistisch-revisionistischen Blockade stand", der ebenfalls in dieser Ausgabe veröffentlicht ist, wird auf die wichtigen Erfolge eingegangen, die die Volksrepublik Albanien in allen Bereichen der Wirtschaft erzielt hat, trotz der Schwierigkeiten, die ihr nach wie vor, besonders in den letzten 15 Jahren, die beiden Supermächte, die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten samt ihrer Satelliten aller Schattierungen, zu bereiten versuchen.

„Die Lebenskraft der Prinzipien des sozialistischen Realismus in der albanischen Gegenwartskunst" ist der Titel eines weiteren Artikels, der in dieser Ausgabe veröffentlicht ist.

Zu den internationalen Fragen veröffentlicht die Zeitschrift unter anderem zwei wichtige Artikel: der erste über den 25. Parteitag der revisionistischen KPdSU unter dem Titel „Parteitag der sozialimperialistischen Demagogie und Expansion", und der zweite über den 22. Parteitag der revisionistischen KP Frankreichs unter dem Titel „Die französischen Revisionisten auf den Stellungen des offenen Kampfes gegen Revolution und Kommunismus."

In ihrem Teil Dokumente veröffentlicht die Zeitschrift den äußerst wichtigen Bericht des Genossen Enver Hoxha auf der ersten Beratung des Aktivs der Kommunistischen Partei Albaniens vom 8. April 1942. Dieser Bericht ist ein Beweis der Bemühungen des Genossen Enver Hoxha, um die soeben gegründete Partei auf den korrekten marxistisch-leninistischen Weg zu bringen. Die am 8. November 1941 gegründete Kommunistische Partei Albaniens stellte sich, noch sehr jung und ohne Erfahrung, dank der richtigen Führung des Genossen Enver Hoxha an die Spitze der werktätigen Massen im Kampf um nationale und soziale Befreiung. Mit ihrer korrekten Linie und der Tapferkeit und Selbstlosigkeit ihrer Mitglieder führte die Kommunistische Partei Albaniens das Volk von einem Sieg zum anderen bis zur vollständigen Befreiung des Landes und zum Aufbau des Sozialismus.

Die Erfahrung der aufrechten albanischen Kommunisten mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze im Kampf um die Gründung der Partei und ihr korrekter Weg und gerechter Kampf an der Spitze der werktätigen Massen bilden einen wertvollen Beitrag zum Schatz des Marxismus-Leninismus und ein gutes Beispiel für alle aufrechten Revolutionäre, die sich die Aufgabe gestellt haben, ihre Völker auf dem richtigen Weg der Revolution zu führen.

Der Pressespiegel von „Albanien heute" enthält unter anderem einen Artikel aus „Zeri i Popullit", Organ des ZK der PAA zur Gründung der Sektion DDR der KPD/ML, einen Artikel zur Spionagetätigkeit der beiden Supermächte und einen Artikel zur vor kurzem abgehaltenen Balkankonferenz in Athen.

Die Zeitschrift „Albanien heute" ist in allen Parteibüros der KPD/ML sowie bei der Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus /Hamburg erhältlich.

Grussadresse des ZK der KPD/ML zum 55. Jahrestag der Gründung der KP Chinas

An das
Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas

An den
Vorsitzenden des ZK der Kommunistischen Partei Chinas
Genossen Mao Tsetung

Zum 55. Jahrestag der Gründung der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas sendet das Zentralkomitee der KPD/ML dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao Tsetung an der Spitze, allen chinesischen Kommunisten, der chinesischen Arbeiterklasse und dem gesamten chinesischen Volk herzliche Glückwünsche und brüderliche, revolutionäre Kampfesgrüße.

In den 55 Jahren ihres Bestehens hat die Kommunistische Partei Chinas stets entschlossen am Marxismus-Leninismus festgehalten, ihn gegen alle Angriffe des Opportunismus, insbesondere des modernen Revisionismus, verteidigt. Sie hat die allgemeingültige Theorie des Marxismus-Leninismus auf die besonderen Bedingungen Chinas und der jeweiligen Lage in der Welt angewandt und den Marxismus-Leninismus schöpferisch weiterentwickelt. In ihrer nun 55jährigen Geschichte ist die Kommunistische Partei Chinas immer für die Interessen der proletarischen Revolution in China und der sozialistischen Weltrevolution eingetreten. China, das vor der Befreiung eines der rückständigsten Länder der Erde war, ist unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao Tsetung an der Spitze zum mächtigsten Bollwerk der Weltrevolution geworden. Unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas, zusammengeschlossen auf der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung, marschieren die Arbeiterklasse und die Werktätigen Chinas neuen Siegen bei der Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats und beim Aufbau des Sozialismus entgegen. Die Kommunistische Partei Chinas steht heute an vorderster Front des Kampfes der kommunistischen Weltbewegung, der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker und Nationen gegen den Imperialismus, besonders gegen das Hegemoniestreben und die Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Supermächte, des russischen Sozialimperialismus und des USA-Imperialismus.

Unter der korrekten Führung der Kommunistischen Partei Chinas siegte das chinesische Volk im nationalen Befreiungskampf gegen den japanischen Imperialismus und seine einheimischen Agenten, führten die Arbeiter und Bauern Chinas die volksdemokratische Revolution durch, wurde in der Volkrepublik China die Diktatur des Proletariats errichtet. Geführt von der Kommunistischen Partei Chinas errangen die Arbeiterklasse und die Werktätigen Chinas große Erfolge beim Aufbau des Sozialismus.

Der wichtigste Sieg, den das chinesische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao Tsetung an der Spitze seit seiner Befreiung errungen hat, ist die Tatsache, daß das sozialistische System schrittweise gefestigt und entwickelt, die Diktatur des Proletariats verteidigt, gestärkt und auf alle gesellschaftlichen Bereiche ausgedehnt worden ist. Diese großen Erfolge der chinesischen Arbeiterklasse und des chinesischen Volkes waren möglich, weil die Arbeiterklasse und Werktätigen Chinas unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas an der vom Vorsitzenden Mao Tsetung ausgearbeiteten grundlegenden Linie für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus festgehalten haben:

„Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen. Man muß die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich darüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können."

In der vom Vorsitzenden Mao Tsetung persönlich eingeleiteten und geführten Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde das von dem Renegaten und Arbeiterverräter Liu Schao-tschi angeführte bürgerliche Hauptquartier zerschmettert und sein Versuch, in China den Kapitalismus zu restaurieren, zunichte gemacht. Das war ein großer historischer Sieg, den die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen Chinas unter der Führung ihrer Kommunistischen Partei auf der Grundlage der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung errangen. Der siegreiche Verlauf der Großen Proletarischen Kulturrevolution erfüllt die Arbeiter und besonders die Kommunisten aller Länder und die unterdrückten Völker mit großer Begeisterung und trug auf der ganzen Welt zu einem großartigen Aufschwung der revolutionären Kämpfe gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion bei.

Mit der Zerschlagung der konterrevolutionären, parteifeindlichen Clique um Lin Biao errangen die Arbeiterklasse und die Volksmassen unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas einen weiteren großen Sieg im Kampf für die Verteidigung der Diktatur des Proletariats. In der Massenbewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius und zum Studium der Theorie der Diktatur des Proletariats wurden die Partei, die Arbeiterklasse und das ganze Volk noch fester auf der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung zusammengeschlossen.

Auf der Grundlage der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung, daß der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats weitergeführt und als Hauptkettenglied angepackt werden muß, wurde schließlich auch der besserungsunwillige bürgerliche Machthaber Deng Hsiao-ping vollständig entlarvt und entmachtet. Sein Ziel, die Ergebnisse der Großen Proletarischen Kulturrevolution durch einen Angriff von rechts umzustoßen, sich zu einem chinesischen Nagy aufzuschwingen, scheiterte völlig. Sein Programm für die Restauration des Kapitalismus in China wurde von der Arbeiterklasse und den Volksmassen in China unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas ebenso durchkreuzt, wie das seiner Vorgänger Liu Schao-tschi und Lin Biao.

Diese großen Siege im Kampf für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats sind ein klarer Beweis für die Richtigkeit der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung. Unsere Partei mißt diesen großen Siegen der Kommunistischen Partei Chinas und der ihnen zugrundeliegenden, vom Vorsitzenden Mao Tsetung ausgearbeiteten grundlegenden Linie für die geschichtliche Periode des Sozialismus größte Bedeutung bei. Nach Ansicht unserer Partei besteht der einzige Weg, um nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat durch die gewaltsame sozialistische Revolution die Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie und die Restauration des Kapitalismus zu verhindern und die Revolution siegreich bis zum Kommunismus weiterzuführen, darin, den Klassenkampf auch unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats weiterzuführen, das bürgerliche Recht ständig weiter einzuschränken, die Diktatur des Proletariats allseitig zu festigen.

Als unvergängliches historisches Verdienst der Kommunistischen Partei Chinas erachtet unsere Partei den von der Kommunistischen Partei Chinas gemeinsam mit der Partei der Arbeit Albaniens geführten prinzipienfesten Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus. Die von der Kommunistischen Partei Chinas geführte große Polemik zur Entlarvung des Chruschtschow-Revisionismus hat den Marxisten-Leninisten und den Arbeitern auf der ganzen Welt außerordentlich geholfen, den abgrundtiefen Verrat des modernen Revisionismus am Marxismus-Leninismus, an den revolutionären Interessen der internationalen Arbeiterklasse und der um ihre Befreiung vom imperialistischen Joch kämpfenden unterdrückten Völker und Nationen zu erkennen und die Notwendigkeit des schonungslosen Kampfes gegen den modernen Revisionismus zu begreifen. Gerade für den Kampf der Marxisten-Leninisten in der damals bereits revisionistisch entarteten KPD war dieser prinzipienfeste Kampf der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens von großer Bedeutung. Er trieb den Zusammenschluß der Marxisten-Leninisten in der KPD voran, erhöhte das Bewußtsein von der Notwendigkeit der vollständigen Trennung von den modernen Revisionisten und der Neugründung der marxistisch-leninistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse. In diesem harten Kampf gegen den modernen Revisionismus erfolgte die Gründung unserer Partei.

Die vom Vorsitzenden Genossen Mao Tsetung geführte Kommunistische Partei Chinas besitzt nicht nur das Vertrauen und die Zuneigung des großen chinesischen Volkes, sondern die gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch den Imperialismus kämpfenden Volksmassen auf der ganzen Welt wissen sich heute mit der Kommunistischen Partei Chinas aufs Engste verbunden; denn die Kommunistische Partei Chinas hat getreu der revolutionären Linie des großen Marxisten-Leninisten Mao Tsetung stets die Interessen aller vom Imperialismus Ausgebeuteten und Unterdrückten verfolgt. Die Politik der Kommunistischen Partei Chinas ist immer eine prinzipienfeste Politik des proletarischen Internationalismus gewesen. Die große Unterstützung, die die Kommunistische Partei Chinas den revolutionären Kämpfen gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden imperialistischen Supermächte, gewährt, ist eine große Hilfe und ein großer Ansporn für die marxistisch-leninistische Weltbewegung, für die revolutionären Arbeiter aller Länder und die unterdrückten Völker und Nationen.

Der 55. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas ist deshalb nicht nur für die chinesischen Kommunisten und das gesamte chinesische Volk von großer Bedeutung, sondern wird von den Kommunisten und den Arbeitern aller Länder voller Stolz begangen. Denn die 55 Jahre des von der Kommunistischen Partei Chinas geführten Kampfes stellen ein ruhmreiches, eines der wichtigsten Kapitel des Kampfes für die sozialistische Weltrevolution dar.

Es lebe die Kommunistische Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao Tsetung an der Spitze!

Es lebe der Marxismus-Leninismus und die Mao Tsetung-Ideen!

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

Vor 9 Jahren

Erste Nummer des ROTEN MORGEN erschienen

Vor neun Jahren, am 1. Juli 1967, erschien auf Initiative des Genossen Ernst Aust die erste Nummer des „Roten Morgen". Er war damals das Organ der Gruppe Marxisten-Leninisten der Wasserkante. Diese Gruppe hatte sich nach einem langen und konsequenten Kampf, den sie in der KPD gegen die revisionistische Linie der Bachmann, Mies und Co. geführt hatte, entschlossen, den „Roten Morgen" herauszugeben, „mit dem Ziel, eine überregionale Zeitung zu schaffen, die als kollektiver Propagandist, Agitator und nicht zuletzt als Organisator sich die Aufgabe stellte, im Kampf gegen den modernen Revisionismus eine neue gemeinsame Plattform aller damaligen marxistisch-leninistischen Kräfte zu schaffen." (Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden, S. 47)

Dementsprechend nimmt ein in der ersten Ausgabe des „Roten Morgen" an die Mitglieder der KPD gerichteter Artikel zur Situation in der Partei Stellung. Er faßt sie folgendermaßen zusammen: *„Die Hauptursache für den schlechten Zustand unserer Partei jedoch ist, daß aus unserer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei eine Partei revisionistischen Typus geworden ist."* Gleichzeitig stellt der Artikel fest: *„Es kann keine Einheit zwischen Marxisten-Leninisten und Revisionisten geben"*, und ruft seine Leser auf, *„eine breite Diskussion an der ideologischen Front zur Entlarvung des Revisionismus"* zu führen.



Eine große Ermutigung für die Marxisten-Leninisten um Genossen Ernst Aust war die von Genossen Mao Tsetung persönlich eingeleitete Kulturrevolution in China, auf deren Bedeutung ebenfalls in einem längeren Artikel in der ersten Ausgabe des „Roten Morgen" eingegangen wird. Zum Ende dieses Artikels heißt es: *„Die von dem Genossen Mao Tsetung eingeleitete Kulturrevolution hat allen Marxisten-Leninisten, die mit tiefer Sorge die rückläufige Entwicklung in der Sowjetunion und anderen Ländern betrachten, und den revolutionären Volksmassen in allen Ländern der Welt neue Hoffnung gegeben und ihnen den Weg gezeigt, den sie einschlagen müssen."*

Angesichts der vollständigen Entartung der KPD, wie sie sich etwa am Programm von 1968 ausdrückte, mußte dieser Weg das Ziel haben, eine neue, eine echte marxistisch-leninistische Partei zu schaffen, die in der Lage war, das Proletariat und die anderen Werktätigen zur sozialistischen Revolution und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats zu führen. Diese Partei, die KPD/ML, wurde zur Jahreswende 1968/69 gegründet.

Der Gründung der Partei ging ein prinzipienfester Kampf um den Zusammenschluß aller marxistisch-leninistischen Kräfte voraus. So hieß es in der Januar-Ausgabe des „Roten Morgen" von 1968: *„Marxisten-Leninisten Westdeutschlands, vereinigt Euch! ... Nur eine geschlossene, kampfstarke Partei, die im revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, wird die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien führen können."* Bereits im Mai desselben Jahres konnte der „Rote Morgen" dann den Aufruf *„Vorwärts auf dem Weg zu einem einigen, sozialistischen Deutschland"* veröffentlichen, den eine zentrale Zusammenkunft marxistisch-leninistischer Gruppen beschlossen hatte. An der Gründung der KPD/ML waren dann schließlich alle damals bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen beteiligt. Einzige Ausnahme war die Rebell-Gruppe (der heutige KABD), die die Gründung der Partei bekämpfte.

Heute, neun Jahre später, hat sich natürlich einiges verändert. Der „Rote Morgen" ist das Zentralorgan der KPD/ML, das heute nicht mehr nur in Westdeutschland und Westberlin, sondern auch in der DDR vertrieben wird. Er hat mit dem Erstarken der Partei nicht nur sein Äußeres und seine Auflage verändert, er hat heute auch die Möglichkeit, lebendiger und konkreter in die Klassenkämpfe einzugreifen.

Alle diese Erfolge aber konnten nur errungen werden, weil der „Rote Morgen" in diesen Jahren auf der Grundlage kämpfte, auf der sich die Genossen um Ernst Aust zusammenschlossen: auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Prinzipien; weil er in diesen Jahren stets für das Ziel kämpfte, das die revolutionären Genossen in der KPD bei ihrem Kampf gegen den Revisionismus vor Augen hatten: für die sozialistische Revolution, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Aus aller Welt

TÜRKEI

In der Türkei führt das reaktionäre Regime zur Zeit ein Verfahren gegen die illegale Arbeiter- und Bauernpartei durch. Wie die faschistische türkische Tageszeitung „Tercüman" berichtete, stützen sich die türkischen Behörden dabei auch auf Dokumente des westdeutschen Innenministeriums. Die gute Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen Imperialisten und den türkischen Reaktionären hat sich in der letzten Zeit u. a. auch bei dem Prozeß gegen den Genossen Ömer Özerturgut u. a., sowie in der engen Zusammenarbeit des türkischen Geheimdienstes und der westdeutschen Polizei gezeigt.

BOLIVIEN

Trotz des Ausnahmezustandes, den das reaktionäre Banzer-Regime verhängt hat, (vgl. auch die letzte Ausgabe des RM, S. 11) geht der Widerstand der breiten werktätigen Massen weiter. In mehreren Städten, darunter La Paz, Chochabama, Oruro, Suere wurden Protestdemonstrationen organisiert. Bei diesen Demonstrationen griffen die Teilnehmer in mehreren Fällen Polizeistationen und Regierungsgebäude an. Das volksfeindliche Regime Banzer hat gegen die Demonstranten Polizei aufmarschieren lassen, die auch zu den Schußwaffen griff. Es gab Tote und Verwundete, zahlreiche Demonstranten wurden verhaftet.

NORDIRLAND

In der letzten Woche führten die britischen Besatzungstruppen in den Armenvierteln von Belfast Hausdurchsuchungen durch und verhafteten zahlreiche Menschen. Am 17. Juni ermordeten reaktionäre Banden in der Nähe der nordirischen Hauptstadt zwei Jugendliche. Die nordirischen Patrioten haben auf die Gewalt und den Terror mit einer Reihe von Aktionen geantwortet, durch die sie den Besatzungstruppen und den reaktionären Kräften große Verluste zufügten. So griff z. B. ein Verband der Patrioten eine britische Streife an, die sich in der Provinz Armagh zu einer „Strafexpedition" aufhielt. Es kam zu einem heftigen Feuerwechsel, bei dem zwei britische Soldaten getötet wurden.

NAMIBIA

Die Versuche des südafrikanischen Rassistenregimes in Pretoria, den bewaffneten Kampfes des Volkes von Namibia zu ersticken, sind sämtlich gescheitert. In den sogenannten Operationszentren, vorwiegend im nördlichen Teil des Landes, scheiterten die Säuberungsoperationen des Vorster-Regimes. In mehreren Fällen wurden die Rassistenpatrouillen von den Patrioten angegriffen und mußten schwere Verluste an Menschen und Heeresausrüstungen hinnehmen. In der letzten Woche verminten die Patrioten eine Straße im Norden Namibias, auf der eine feindliche Autokolonne passieren sollte. Durch die Explosion der Minen und das von den Patrioten eröffnete Feuer wurden 14 Rassistensoldaten getötet. Auch der Sachschaden des Feindes war beträchtlich.

SOWJETUNION/JORDANIEN

Am 18. Juni traf der Chef des reaktionären jordanischen Regimes Hussein in der Sowjetunion ein. Sein Besuch findet in einer Zeit statt, in der sich die Rivalität zwischen den USA-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus um die Vorherrschaft im Nahen Osten noch mehr verschärft hat. Aus diesem Grund erweist Moskau Hussein, dem Henker der Palästinenser, besondere Ehren und hat sich beeilt, ihm große Militärhilfen zu versprechen.

JAPAN

In den ersten 5 Monaten des Jahres hat die japanische Arbeiterklasse mehrere machtvolle Streiks durchgeführt, an denen sich Millionen beteiligt haben. Im März legten zwei Millionen Arbeiter der verschiedenen Wirtschaftszweige die Arbeit nieder. Sie forderten sichere Arbeitsplätze und die Herabsetzung der Steuern. Noch nachdrücklicher kämpfte das japanische Proletariat im April für bessere Arbeits- und Lebenbedingungen. Im April waren 9 Millionen Menschen in die Streikbewegung einbezogen.

BELGIEN

In Belgien setzen die Arbeiter ihren Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital fort. In der letzten Woche zogen Tausende Arbeiter der Eisenbahn und des Öffentlichen Dienstes aus Protest gegen die große Arbeitslosigkeit und mit der Forderung nach sicheren Arbeitsplätzen durch die Straßen Brüssels. Mit den demonstrierenden Arbeitern solidarisierten sich auch die belgischen Studenten.

SOWJETUNION

Am 21. Juni sind die Militärmanöver, die die russischen Sozialimperialisten zur Zeit abhalten, zu Ende gegangen. Die Manöver dauerten eine Woche lang, über 25 000 Soldaten der Luft- und Bodenstreitkräfte haben sich daran beteiligt. Sie wurden in den Gebieten in der Nähe der Grenze zu Finnland durchgeführt. Die neuen Militärmanöver sind eine weitere Demonstration der Stärke der russischen Sozialimperialisten und zugleich ein Beweis ihrer Kriegsvorbereitungen. Sie fanden kurze Zeit nach den Manövern statt, die der aggressive NATO-Block in Nordeuropa und im zentralen Mittelmeerbecken durchführte. Die beiden Supermächte und die von ihnen manipulierten Blöcke wollen durch diese Manöver den Völkern die Vernichtungskraft ihrer Waffen demonstrieren und gleichzeitig ihre Expansions- und Hegemoniepolitik gegenüber den verschiedenen Ländern der Welt unterstreichen.

PALÄSTINA

Die zionistischen Besatzer setzen ihre umfangreiche Terror- und Verhaftungskampagne gegen die arabischen Einwohner in den besetzten arabischen Gebieten fort. Die israelischen Patrouillen töteten am 17. Juni einen arabischen Einwohner in Gaza. Ein weiterer arabischer Einwohner wurde von einigen israelischen Besatzersoldaten zu Tode geprügelt, als er von seiner Arbeit nach Hause zurückkam. Allein in der letzten Woche fielen zehn Araber den Kugeln der Zionisten zum Opfer. Ein israelisches Militärgericht verurteilte am 18. Juni einen arabischen Jugendlichen zum Tode und drei seiner Genossen zu längeren Kerkerstrafen, weil sie sich der israelischen Besatzung widersetzt hatten.

CHILE

Das reaktionäre Pinochet-Regime hat dem ausländischen Monopolkapital und dabei besonders dem amerikanischen die Tür weit aufgestoßen. So wurde in diesen Tagen bekannt, daß sechzehn amerikanische und kanadische Großbanken dem faschistischen Regime eine Anleihe von insgesamt 125 Mio. Dollar gegeben haben, um es zu unterstützen. Selbstverständlich ziehen die Großbanken aus dieser Anleihe doppelten und dreifachen Profit. Die chilenischen werktätigen Massen dagegen, die der doppelten Ausbeutung durch die einheimischen und ausländischen Monopole ausgesetzt sind, werden die Zinsen und die Rückzahlung dieser Anleihe mit einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen bezahlen.



UNO debattiert über die Aufnahme Angolas

VR China bleibt der Abstimmung fern

Vor kurzem hat der UNO-Sicherheitsrat den Antrag Angolas auf Aufnahme in die UNO debattiert. An der anschließenden Abstimmung hat sich die VR China nicht beteiligt. Da gleichzeitig die amerikanischen Imperialisten die Aufnahme Angolas durch ein Veto verhinderten, hetzten die russischen Sozialimperialisten und als ihre Sprachrohre die revisionistischen Parteien gegen die VR China. Sie behaupteten einmal mehr, daß die VR China auf der Seite der amerikanischen Imperialisten gegen das angolanische Volk stünde. Die Tatsachen allerdings schlagen diesen Lügen der Neuen Zaren im Kreml direkt ins Gesicht.

Nach wie vor stehen bekanntlich tausende von kubanischen Söldnern auf angolanischem Boden. **„Obwohl Angola die Unabhängigkeit erlangt hat"**, erklärte deshalb schon der Vertreter der VR China auf der Welthandelskonferenz in Nairobi, **„erleiden aber seine inneren Angelegenheiten bis heute eine grobe Einmischung, und seine nationale Einheit sowie seine Souveränität werden ernsthaft verletzt. Dies ist völlig eine Folge der wahnwitzigen Aggressions- und Expansionspolitik der sowjetischen Sozialimperialisten. Wir sind entschieden gegen die Fortsetzung der bewaffneten Intervention der sowjetischen Sozialimperialisten in Angola und weisen jeden Vorwand für die Verlängerung ihrer Aggression und Intervention zurück."** Das ist der Grund, warum sich die VR China nicht an der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat beteiligt hat.

Weiter: Bekanntlich haben die russischen Sozialimperialisten und ihre Marionette Fidel Castro in der letzten Zeit eine Reihe von Vorwänden erfunden, um ihre Aggressionstruppen nicht aus Angola abzuziehen. Diese Truppen, so hieß es lange Zeit, sind notwendig, um die Aggression und Intervention der südafrikanischen Rassisten in Angola zurückzuschlagen bzw. abzuwehren. Tatsache ist aber, daß die bewaffnete Invasion der kubanischen Söldner der südafrikanischen Aggression vorausging. Aus offiziellen Dokumenten der Sowjetunion selbst geht hervor, daß schon im Januar 1975 über 100 sowjetische Militärberater in Angola eingetroffen waren. Bereits im September wurde ein großes Kontingent kubanischer Truppen in der Schlacht von Caxito in Nordangola eingesetzt. Vom 25. September bis 23. Oktober schickte Moskau mehr als 2 400 Söldner nach Angola usw. usf. **Das Datum der südafrikanischen Aggression aber ist der 23. Oktober.** Die russischen Sozialimperialisten haben also vor diesem Datum gar nicht gegen die südafrikanischen Rassisten in Angola kämpfen können, wie sie jetzt behaupten. Tatsache ist weiter, daß sie es auch nachher nicht getan haben. Sie richteten ihre Schläge nacheinander gegen die beiden anderen Befreiungsbewegungen, während sie gegen die südafrikanischen Rassisten keinen Finger krumm machten. Am 26. Januar zogen sich die südafrikanischen Rassisten in die Grenzgebiete zurück. Dort blieben sie zwei Monate lang unbehelligt. Erst am 27. März zogen sie alle ihre Truppen aus Angola zurück. Heute gibt es dort keinen einzigen südafrikanischen Soldaten mehr, wohl aber tausende von kubanischen Söldnern. Die alte Trumpfkarte der russischen Sozialimperialisten sticht also nicht mehr, und sie sind in eine peinliche Lage geraten. Deshalb ließen sie auch Fidel Castro, ihre Marionette, verkünden, mit dem Abzug der kubanischen Söldner sei „bald" zu rechnen, nur um ihn gleich hinzufügen zu lassen, „bald" bedeute bei weitem nicht sofort. Tatsache ist also, daß es sich hier um eine sowjetische Aggression gegen Angola und ganz Afrika handelt.

Die VR China, erklärte der chinesische Vertreter deshalb schon auf der Welthandelskonferenz, sei zutiefst davon überzeugt, daß das angolanische Volk der „fremden Aggression und Intervention ein Ende machen und ein neues Angola der Unabhängigkeit, Einheit und nationalen Solidarität errichten wird." Schon heute wächst die Unzufriedenheit im angolanischen Volk über die ausländischen Besatzer im Dienst der Kremlzaren. Die Demonstrationen im März unter den Parolen: **„Schluß mit der russisch-kubanischen Intervention in Angola — Angola den Angolanern!"**, die in der nordangolanischen Grenzstadt Calai abgehalten wurden, waren nur ein Anfang.

Wahlen in Italien

Kein Ausweg aus der Krise

Fortsetzung von Seite 1

12,38 Mrd. Lire bzw. das Doppelte des Vorjahres und die Preise erhöhten sich um 15,4%. Gegenüber 1975 stieg die Arbeitslosigkeit um 26,8% und hat jetzt die Rekordziffer von 1,5 Millionen erreicht. Angesichts dieser Situation ergriff die italienische Monopolbourgeoisie eine Reihe von Maßnahmen wie Preiserhöhungen für verschiedene Waren und erhöhte Steuern, um die schwere Last der Krise den italienischen werktätigen Massen aufzubürden.

All das hat die Unzufriedenheit unter den Volksmassen erhöht. Sie haben den Klassenkampf verstärkt. Infolge der Streiks der Arbeiter und Angestellten gingen im Vorjahr 180 Mio. Arbeitstage für das Kapital verloren. Auch in den ersten Monaten dieses Jahres führten die italienischen Arbeiter große Streiks durch, so z. B. die 1,4 Mio. Bauarbeiter, die 1,5 Mio. Arbeiter der Automobilindustrie usw. Alle diese Kämpfe zeigen die Unzufriedenheit der italienischen Werktätigen und ihre wachsende Empörung, auch wenn sie noch stark unter der Führung der modernen Revisionisten und der reformistischen Gewerkschaften stehen.

Das Monopolkapital löste das Parlament auf und verkündete vorzeitige Wahlen, in der Hoffnung, die Unzufriedenheit und den Kampf der Volksmassen etwas zu beschwichtigen und einen gewissen Ausweg aus der schweren Krise zu finden. So versuchten sich die bürgerlichen Parteien während des Wahlkampfes mit allen Mitteln für die schwierige Lage, die sie selbst durch ihre volksfeindliche Politik herbeigeführt haben, zu rechtfertigen.

Zugleich spitzte sich während des Wahlkampfes die Rivalität der Parteien, ihr Kampf um die Regierungs- und Parlamentssitze noch mehr zu. Dazu gehörte auch die gesteigerte terroristische Tätigkeit der offenen Faschisten, des MSI und der anderen faschistischen Gruppen. Allein in diesem Jahr wurden in Italien über 300 faschistische Terrorakte verübt, von bewaffneten Überfällen, Bombenanschlägen und Menschenraub bis hin zu Mord. Die verstärkte verbrecherische Tätigkeit der Faschisten ist kein Zufall. Die Faschisten versuchten, ein allgemeines Chaos im Lande hervorzurufen, eine Atmosphäre der Angst und der Unsicherheit zu schaffen, um sich dann den Weg zur Macht zu bahnen. Die Tätigkeit der Faschisten ist das Werk des italienischen Großkapitals, aber auch die USA-Imperialisten haben hier ihre Hand im Spiel. Bekanntlich hat Almirante, der Chef des MSI sogar das Weiße Haus in Washington besucht. Die amerikanischen Imperialisten haben sich mehrmals offen in die italienischen Angelegenheiten eingemischt, um ihre Interessen durchzusetzen. Es ist bekannt, daß sie gerade in Italien zahlreiche bürgerliche Parteien mit Hilfe des CIA unter ihre Kontrolle zu bringen versuchten und seit eh und je auch die Faschisten mit Geld und anderen Mitteln unterstützt haben.

Aber die schändlichste Rolle in Zusammenhang mit den Wahlen spielten die modernen Revisionisten Berlinguers. Besessen von dem Gedanken, an der Regierung beteiligt zu werden, gingen sie auf dem Weg ihres Verrats so weit, wie nie zuvor. Unmittelbar vor dem 20. Juni erklärte Berlinguer sogar, daß er den „Schutz" Italiens der NATO anvertrauen möchte und pries diesen aggressiven, unter dem Kommando des USA-Imperialismus stehenden Militärblock gar als Garanten der Freiheit und der Demokratie, ja, sogar als einen Garanten des „friedlichen Weges zum Sozialismus". Wohin diese „Garantie" führt, das hat allerdings die Errichtung der faschistischen Diktatur in Chile und auch in Griechenland bestens gezeigt. Die modernen Revisionisten predigten die Notwendigkeit des „historischen Kompromisses", also des Blocks mit der Monopolbourgeoisie und forderten die Arbeiterklasse auf, im Interesse der Wiedergewinnung der „Stabilität", Opfer zu bringen. Alles, was die modernen Revisionisten getan haben und weiter tun, ist, die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen vom Weg des revolutionären Klassenkampfes abzuhalten, der allein ihre Lage ändern kann, und sie durch ihre Losungen und Parolen an das kapitalistische System selbst zu fesseln. Sie sind für die italienische Monopolbourgeoisie zu einer unentbehrlichen Kraft bei der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung geworden. Sie wurden daher von der bürgerlichen Propaganda auch stark emporgehoben. Andererseits hat die italienische Bourgeoisie, vor allem aber die amerikanischen Imperialisten und die anderen imperialistischen Staaten Westeuropas das Erstarken der modernen Revisionisten mit Sorge betrachtet, weil sie dadurch eine Stärkung des Einflusses der russischen Sozialimperialisten befürchten.

Die Wahlen sind zu Ende, aber geändert hat sich nichts. Das zeigt nicht nur das Wahlergebnis, das wird auch die Zukunft zeigen. Durch den Gang zur Wahlurne können die Werktätigen nichts gewinnen. Gewinnen können sie nur etwas, wenn sie sich unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei im revolutionären Klassenkampf zusammenschließen und durch die sozialistische Revolution die Herrschaft der Bourgeoisie zerschlagen. **Die italienischen Werktätigen werden den Lügen der modernen Revisionisten immer weniger Glauben schenken. Sie werden erkennen, daß kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung nicht über das bürgerliche Parlament abgeschafft werden können, sondern nur durch den entschlossenen Kampf unter der Führung der KP Italiens/Marxisten-Leninisten für ein sozialistisches Italien der Diktatur des Proletariats.**

(In einer der nächsten Nummern des RM veröffentlichen wir die Stellungnahme der KPI/ML zu den Wahlen in Italien.)

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Erfolgreiche Rundreise der Vertreter des PAC

Mit der Veranstaltung in München ist am 26. Juni die Rundreise der Vertreter des „Pan Africanist Congress of Azania" durch dir Bundesrepublik zu Ende gegangen. Die Veranstaltungen in Dortmund, Hamburg, Westberlin, Frankfurt und München, auf denen Genosse Gqobose, der Schatzmeister des PAC gesprochen hat und die mit den Veranstaltungen verbundene Spendensammlung für die Unterstützung des Kampfes des PAC, der Befreiungsorganisation des Volkes von Azania, waren ein voller Erfolg.

Die revolutionäre Stimmung und die begeisternde Atmosphäre, die auf den Veranstaltungen vorherrschten, zeigten die große Solidarität mit dem Kampf des Volkes von Azania und haben die Freundschaft zwischen unserem Volk und dem Volk von Azania gestärkt. Insgesamt haben über 3 000 Menschen die fünf Veranstaltungen besucht. Einschließlich einer Spende von 5 000 DM des Zentralkomitees unserer Partei, kamen bei der Spendensammlung über 28 570 DM zusammen.

In Hamburg waren etwa 600 Menschen zur Veranstaltung in Stübens Gesellschaftsräume gekommen, davon 550 Freunde und Genossen unserer Partei. Die Rede unserer Partei hielt Genosse Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD/ML. Die Spendensammlung ergab 5 700 DM. Am 26. Juni demonstrierten in der Hamburger Innenstadt rund 2 500 Menschen gegen den Besuch des Rassisten Vorster in der Bundesrepublik. An dieser Demonstration beteiligte sich auch unsere Partei.

Zu der Veranstaltung in Westberlin waren etwa 1 100 Menschen gekommen. In Anschluß an die Rede unserer Partei wurde den afrikanischen Genossen im Namen der Sektion Westberlin der KPD/ML ein Fotoalbum zum Kampf der Berliner Werktätigen gegen die Spaltung Deutschlands und zum Kampf der Partei für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland überreicht. Auf der Veranstaltung wurden 7 500 DM gespendet, darunter die Spende eines Arbeiters von 1 600 DM (ein Monatslohn) und 100 DM, die die Zelle Kraftwerksunion der Partei vorher gesammelt hatte.



Herzliche Begrüßung der Genossen des PAC durch Genossen Ernst Aust auf der Veranstaltung in Hamburg

In **Frankfurt** wurde die Veranstaltung von 300 Freunden und Genossen besucht, die insgesamt 2 700 DM spendeten. In München waren es 400 Freunde und Genossen, die zur Veranstaltung gekommen waren. Sie spendeten über 3 000 DM.

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und dem Volk von Azania!



1 100 Menschen besuchten die Veranstaltung zur Unterstützung des PAC in Westberlin

Spendet für die Unterstützung des PAN AFRICANIST CONGRESS!
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
KtoNr. 321 004 547
Vorstand der KPD/ML
Stichwort: PAC

Zimbabwe
Die Freiheitskämpfer eröffnen eine neue Front gegen die Rassisten

Das Volk von Zimbabwe erweitert seinen bewaffneten Kampf gegen die rhodesischen Rassisten täglich mehr. Es läßt sich dabei weder durch den Terror des rassistischen Regimes einschüchtern, noch fällt es auf die betrügerischen Manöver herein, die Ian Smith, der Chef der rhodesischen Rassisten in der letzten Zeit verstärkt gestartet hat.

Zu diesen Manövern gehört unter anderem die Beteiligung einiger schwarzer Lakaien des Regimes im Kabinett Smiths und der in der letzten Zeit mit viel Propagandaaufwand verbreitete angebliche „Plan" des Regimes, das rassistische, faschistische System „schrittweise zu demokratisieren". Das Volk von Zimbabwe hat diese Farce eindeutig, nämlich auf dem Schlachtfeld beantwortet. Vor einiger Zeit gelang es den Freiheitskämpfern sogar an der Grenze zwischen Rhodesien und Sambia eine weitere Front des bewaffneten Kampfes zu errichten. Die Befreiungskämpfer drangen tief hinter die Linien des Feindes vor und griffen etwa 120 km vor Salisbury, der Hauptstadt des Landes, einen in einem Dorf gelegenen Stützpunkt der Rassisten an. Die rassistischen Truppen wurden überrumpelt, ergriffen in heller Panik die Flucht und ließen große Mengen an Heeresausrüstungen zurück. Bei dieser Aktion wurden zwei rassistische Soldaten getötet und mehrere verwundet.

In den vergangenen vierzehn Tagen unternahmen die Befreiungskämpfer ausserdem eine Reihe von wichtigen strategischen Operationen. So jagten sie am 13. Juni die Eisenbahnlinie, die Salisbury mit der Stadt Umtali an der Grenze zu Mozambique verbindet, in die Luft.

Eine ähnliche Aktion führten die Patrioten auch im Süden des Landes durch. Hier jagten sie eine weitere strategisch wichtige Eisenbahnlinie in die Luft, nämlich die Verbindung von Salisbury nach Pretoria in Südafrika. Auf dieser Linie u. a. rollte der Nachschub des südafrikanischen rassistischen Regimes in die Hände Ian Smiths. Diese Aktionen und weitere Operationen der Patrioten haben das Smith-Regime in Panik versetzt. Obwohl es bei einer Bevölkerungszahl von rund 260 000 weißen Siedlern eine Armee von 35 000 Soldaten unterhält, kann es den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe nicht ersticken.

Ähnlich wie die amerikanischen Imperialisten in Indochina weiten die rhodesischen Rassisten in einem Verzweiflungsakt ihren verbrecherischen Krieg aus und greifen die benachbarten Staaten Mozambique und Botswana an. Am 16. Juni eröffneten die rassistischen Truppen Artilleriefeuer auf Mozambique. Gleichzeitig drangen Flugzeuge des Smith-Regimes nach Mozambique ein und bombardierten einige Dörfer. Die Rassisten verletzten ebenfalls die Grenzen Botswanas. Sie eröffneten das Gewehrfeuer in Richtung der Grenze und töteten einen wehrlosen Bauern. Diese neuerlichen Verbrechen haben überall große Empörung hervorgerufen.

All dies kann den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe jedoch nicht stoppen. Die Wogen dieses Kampfes sind heute höher denn je. Und jedes Verbrechen, mit dem das Smith-Regime seine Herrschaft zu festigen sucht, stärkt die Kampfentschlossenheit des Volkes, schließt es noch mehr zusammen und beschleunigt den Sturz des rassistischen Regimes.

Zur Information

In der letzten Zeit haben uns verschiedene Leser des ROTEN MORGEN gefragt, warum wir die Bezeichnungen „Azania", „Namibia" und „Zimbabwe" verwenden und was darunter zu verstehen ist:

1.) Azania und Zimbabwe

Das Volk von Azania lebt auf dem Gebiet der heutigen sogenannten „Republik Südafrika"; das Volk von Zimbabwe auf dem Gebiet des heutigen Rhodesien. „Azania" und „Zimbabwe" sind die alten afrikanischen Bezeichnungen für diese Gebiete. „Südafrika" bzw. „Rhodesien" sind die Bezeichnungen, die die britischen Imperialisten Anfang des 20. Jahrhunderts ihren Kolonien im Süden Afrikas gegeben haben. Mit „Südafrika" bzw „Rhodesien" sind also die kolonialistischen, rassistischen Regimes der weißen Oberschicht, ist der Staat der weißen Unterdrücker der afrikanischen Bevölkerung gemeint. Deshalb benutzen wir die Bezeichnungen „Südafrika" bzw. „Rhodesien" höchstens, um die Unterdrückung durch die weißen rassistischen Regimes anzuprangern. Wir unterstützen die Völker von Azania und Zimbabwe in ihrem gerechten Kampf gegen ihre Unterdrücker, ihnen gehört das Land und sie werden sich unweigerlich befreien und die Staaten gründen, die von den Völkern der ganzen Welt anerkannt werden: Azania und Zimbabwe.

2.) Namibia

Ähnlich verhält es sich mit Namibia, das zwischen Azania und Angola an der Westküste Afrikas liegt. Namibia war ehemals eine Kolonie der deutschen Imperialisten, die dem Land den Namen „Deutsch-Südwestafrika" gegeben haben. Nach dem 1. Weltkrieg, den die deutschen Imperialisten verloren, wurde Namibia dem Völkerbund unterstellt und den südafrikanischen Rassisten „zur Verwaltung", in Wirklichkeit zur Ausplünderung der Afrikaner gegeben. Nach 1949 weigerten sich jedoch die südafrikanischen Rassisten, die Treuhandschaft der UNO anzuerkennen und verleibten sich Namibia vollständig ein. Daß es sich hier um eine verbrecherische Annektion handelt, zeigt u. a. auch die Tatsache, daß die Vollversammlung der UNO mehrere Beschlüsse faßte, in denen die südafrikanischen Rassisten aufgefordert werden, Namibia die Unabhängigkeit zu geben.

Osttimor
Barbarische Verbrechen des Suharto-Regimes

Das Volk von Osttimor dehnt seinen bewaffneten Kampf gegen die indonesischen Besatzer immer weiter aus. Derzeit wird der größte Teil Osttimors von der „Demokratischen Republik Osttimor" die trotz der indonesischen Invasion am 28. 11. 1975 unter der Führung der Befreiungsorganisation FRETILIN gegründet wurde, kontrolliert.

Das Volk von Osttimor ist nur klein, dort leben knapp 600 000 Menschen, aber es hat gewagt, sich gegen einen vielfach überlegenen Feind zur Wehr zu setzen. Sein Kampf zeigt, daß ein Volk, sei es auch klein, wenn es den Mut hat, sich zum Kampf zu erheben und auf seine eigenen Kräfte vertraut, in der Lage ist, jeden Aggressor zu besiegen.

Die indonesischen Faschisten haben inzwischen mehr als 40 000 Soldaten nach Osttimor geschickt und eine Blockade um diesen Teil der Insel verhängt. Sie haben ihre Invasionsarmee mit den modernsten Waffen ausgerüstet und setzen Flugzeuge ein. Sie verüben in Osttimor barbarische Verbrechen, bombardieren Dörfer und Felder und ermorden Frauen und Kinder.

„Die Grausamkeiten, die von den indonesischen Truppen begangen werden", erklärte José Ramos Horta, Mitglied des ZK der FRETILIN, kürzlich bei einem Besuch in Frankreich, „sind nur mit denen der kriminellen Nazis während des 2. Weltkrieges in Europa zu vergleichen. Dies erinnert uns wieder an die barbarischen Massaker an 500 000 – 1 Million Indonesiern 1965/66, als General Suharto die Macht ergriff. Trotz der enormen militärischen Präsenz kontrollieren die nationalen Kräfte den größten Teil des Territoriums. Der Krieg auf Osttimor hat die Indonesier mehr als 10 000 Menschenleben gekostet und die besten ihrer Soldaten verwundet. Er kostet sie außerdem mehr als 12 000 000 US-Dollar pro Monat."

In der letzten Zeit organisierten die indonesischen Faschisten außerdem in Dili die Farce einer sogenannten „Volksversammlung", auf der sie ihre Lakaien den angeblichen Anschluß Osttimors an Indonesien verkünden ließen. Diese Farce soll offensichtlich der indonesischen Aggression den Schein der Legalität verleihen.

Das freiheitsliebende Volk von Osttimor hat sich jedoch an dieser sogenannten Volksversamlung nicht beteiligt. Im Gegenteil, es brandmarkte sie scharf als Komplott gegen seine Freiheit und Unabhängigkeit. Deswegen hat es als entschiedene und klare Antwort auf diese Farce und für die Besatzer und ihre imperialistischen Helfershelfer den bewaffneten Kampf gewählt. Es ist entschlossen, ihn bis zu Ende zu führen. Ein hoher offizieller Vertreter der „Demokratischen Republik Osttimor" bekundete das klar, als er vor einigen Tagen erklärte: „Das Volk von Osttimor wird die Waffen nicht aus der Hand legen, bis es jede Handbreit seines Bodens von den ausländischen Besatzern befreit hat. Wir werden uns auf unsere eigenen Kräfte stützen und sind siegesgewiß, denn unser Kampf ist gerecht."

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA



UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)

RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Roter Marder enthüllt:

Eine wahrhaft dunkle Geschichte

„Roter Marder", die Hamburger Soldatenzeitung der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML, enthüllt in ihrer Aprilnummer eine wahrhaft dunkle Geschichte. Es geht um die sogenannten „Schwarzbestände" in der 3. Kompanie 72. Dabei handelt es sich um Ausrüstungsgegenstände der Bundeswehr, die sich die Offiziere durch Schiebereien oder sonstige Machenschaften besorgen, um anstehende Verluste damit auszugleichen, aber auch, um selbst Geschäfte damit zu machen. Soldaten der 3. Kompanie 72 enthüllten jetzt in einem Brief an den „Roten Marder":

„Wer hat es nicht schon selbst gehört oder erlebt: Verliert man etwas von seiner Ausrüstung, so muß man zahlen und zwar nicht nur den Gegenstand, sondern auch noch eine Disziplinarstrafe, weil man angeblich nicht genug auf seine Sachen aufgepaßt hat. Am Jahresende 75 drohte auch bei uns der ehemalige Kompaniechef, Hauptmann Albrecht, mit der Einführung von Disziplinarstrafen, um die Zahl der Verlustmeldungen herunterzudrükken ... Er sprach von „Verschwendung des Gemeineigentums" durch uns einfache Soldaten, der Steuerzahler müsse für unsere Schludrigkeit den Buckel krumm machen. Was tatsächlich hinter solchen Sprüchen steckt, zeigte sich bald darauf ...". Im Februar hörten die Soldaten von einer Kommission, die im März/April in die Kompanie kommen sollte, um die Ausrüstung zu überprüfen. Weil bei solchen Sachen noch immer ein Offizier den anderen gedeckt hat, kam die Sache natürlich noch rechtzeitig an die Ohren der betroffenen Personen. „Und bei uns", schreiben die Soldaten, „waren reichlich Personen betroffen, d. h., die gesamte Kompanieführung, Zugführung und einige Unteroffiziere. Wie sehr, zeigten die Ereignisse:

– Z. B. wurde von unserer Kompanie ein Landmarsch in die Heide angetreten, mit dem Schützenpanzer Marder bei niedrigster Besatzungszahl. Unterwegs hieß es dann plötzlich: ‚Rechts schwenk' ab in die Büsche und dann verschwanden einige ‚Schürzen' (Seitenpanzerung des Marder), sie wurden abmoniert und verscharrt.

– Gut machte es der langerfahrene Leutnant P (Zugführer): schon sehr rechtzeitig vor dem Termin, an dem die Kommission kommen sollte, wurde der Kofferraum seines PKW mit der ‚heißen Ware' (Ausrüstungsgegenstände des 3. Zuges) beladen und ab gings zur ‚Überwinterung' nach draußen. Auch der ehemalige Zugführer, Leutnant B. (er war mittlerweise als Kompaniechef eingesetzt), der Fähnrich H. der Feldwebel K. vom 1. Zug und der Feldwebel B. Zugführer vom 2. Zug, machten sich ihre Gedanken, wo man die Sachen am besten läßt.

Auch wir bekamen plötzlich Arbeit. Da mußten von uns vertraulich Ausrüstungsgegenstände im Keller mit dem Hammer zerschlagen werden, u. a. Rückleuchten vom Schützenpanzer Marder und optisches Gerät wie Winkelspiegel (Periskope).

Im Übungsgelände hinter der Kaserne fanden wir beim Reinigen des Geländes durch Zufall ein ganzes verscharrtes Depot, große Rollen mit Lötzinn, nagelneue Farbdosen, Drehmomentschlüssel usw. usf. Als der leitende Fähnrich H. darauf aufmerksam wurde, versuchte er sofort, die Soldaten von dem Ort wegzuholen, damit nicht noch mehr aufmerksam würden. Er versuchte die Angelegenheit herunterzuspielen und befahl absolutes Stillschweigen. Systematisch wurden natürlich alle beteiligten Mannschaftsdienstgrade gezwungen, zu schweigen ...

Weiter. So sollten unzählige Waffenteile, alles Schwarzbestände, ohne Aufsehen zu erregen, in Müllcontainern verschwinden, darunter Teile von MGs, G3, schwerer Panzerfaust, Handgranaten usw. Hatten noch einige Zeit vorher der Verlust eines einzigen dieser Teile zu Untersuchungen, Verdächtigungen und übelsten Schikanen geführt, so konnte man sich jetzt hier in aller Ruhe ein Waffenarsenal zusammensuchen. Die Waffenteile waren durchweg gut erhalten und voll verwendbar, einige sogar nagelneu (noch verpackt)." Soweit der Bericht der Soldaten der 3. Kompanie 72.

Die meisten einfachen Soldaten wissen, daß die hier geschilderten Vorgänge keine Einzelfälle sind. Schieberei und Korruption bei den Offizieren sind weit verbreitet. Wie der „Lockheed-Skandal", die „Beschaffung" des Schützenpanzers HS 30, die Merex-Affäre u. a. zeigen, sind an den Waffenschiebereien in großem Maßstab, die führenden Politiker aller Parteien beteiligt. Die Bundeswehr ist eben eine imperialistische Armee, eine Armee der Bourgeoisie, die die Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie über das Volk aufrechterhalten soll. Dazu gehört auch die Unterdrükkung der einfachen Soldaten durch die Offiziere, die außerdem versuchen, sich alle möglichen Vorteile zu beschaffen und jede Gelegenheit nutzen, um sich zu bereichern.

Polizisten verprügeln jungen Mann

„Ich bring dich um, Du Sau!"

Über einen empörenden Fall von Polizeiterror berichtete tagelang die süddeutsche Presse: Bei der Verfolgung des 24jährigen Rolf Klieber, der angeblich zu schnell fuhr, rissen zwei uniformierte Beamte die Türen von Rolf Kliebers Auto auf, droschen mit Fäusten auf ihn ein, zerrten ihn hinaus. Selbst als Rolf Klieber bereits halb bewußtlos am Boden lag, traten und schlugen ihn die Polizisten weiter.

Die Polizeibeamten störte es auch nicht, daß eine Reihe Bewohner Augenzeuge dieses brutalen Vorgehens wurde. Als einer der Zeugen den Beamten sagte, sie sollten einen Arzt holen, war die Antwort: „Wenn du dein Maul nicht hältst, kriegst du einen Platzverweis." Vorher hatten sie bereits, wie Augenzeugen berichten, Rolf Klieber gedroht: „Ich bring dich, du Sau." Bis dann endlich ein Krankenwagen kam, saß Rolf Klieber gefesselt mit Handschellen wie ein Schwerverbrecher in einem der Streifenwagen. Klieber wurde dann ins Polizeipräsidium gefahren, wo er verhört und bis 5 Uhr früh festgehalten wurde. Anschließend ging er sofort zur Arbeit, aus Angst, sonst auch noch seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Völlig eingeschüchtert durch das Vorgehen der Beamten, erstattete er auch keine Anzeige, sondern schlief sogar aus Angst vor weiteren Repressalien einige Nächte bei Bekannten.

Die Polizisten, die Klieber zusammengeschlagen hatten, machten eine Schadensmeldung (!) und glaubten die Sache damit erledigt.



Rolf Klieber schildert, wie er von den Polizisten mißhandelt wurde.

Aber sie hatten sich getäuscht. Denn die Augenzeugen dieses Polizeiüberfalls wunderten sich, daß auch Tage später noch kein Wort über diesen Vorfall in den Zeitungen stand. Sie riefen bei den Redaktionen an und berichteten empört über diesen Vorfall. Erst als die Presse sich angesichts dieser Empörung gezwungen sah, über diesen Vorfall zu berichten, bequemte sich auch die Polizei zu Auskünften: Zunächst wurde erklärt, man könne wegen der noch laufenden Ermittlungen und weil man Klieber noch nicht habe vernehmen können (eine Lüge!), keine Auskünfte erteilen. Dann hieß es zusätzlich, daß die beiden Beamten, die sich bei der Prügelei besonders hervorgetan hatten gerade im Urlaub seien. Erst als der Vorfall nicht nur in der Lokalpresse, sondern auch in Rundfunk und Fernsehen berichtet wurde, wurden die Ermittlungen an die Staatsanwaltschaft übergeben, die Beamten versetzt und die Augenzeugen vernommen. Wie die Lokalpresse berichtet, wurden diese allerdings hauptsächlich darüber befragt, was sie nicht gesehen hatten!

In den Kommentaren der bürgerlichen Presse heißt es jetzt, das Ganze sei ein Skandal, man müsse solche „schwarzen Schafe" aus der Polizei entfernen. Aber die Reaktion der Bevölkerung auf die Berichte in den Zeitungen ist der beste Beweis dafür, daß das nicht stimmt. Die „Nürnberger Nachrichten" vom 15. 6. 76 schreiben: „Der Fall jenes jungen Mannes ... hat nach seiner Veröffentlichung eine Art Dammbruch bewirkt. Leser schreiben, telephonieren und kommen zu Besuch. Sie alle berichten von ähnlich gelagerten Vorkommnissen. Sie erzählen von Affären mit Polizeibeamten, die gar nicht so selten im Krankenhaus ihr Ende gefunden haben sollen."

Und das alles sollen „schwarze Schafe" gewesen sein? – Die Geschichte vom „schwarzen Schaf" ist ein Märchen, erfunden, um die wachsende Empörung und Solidarität der Bevölkerung gegen den wachsenden Polizeiterror zu untergraben, um zu verhindern, daß sie sich nicht nur gegen einzelne Polizisten richtet, sondern gegen den kapitalistischen Staatsapparat, der diesen Polizeiterror gegen die Bevölkerung organisiert.

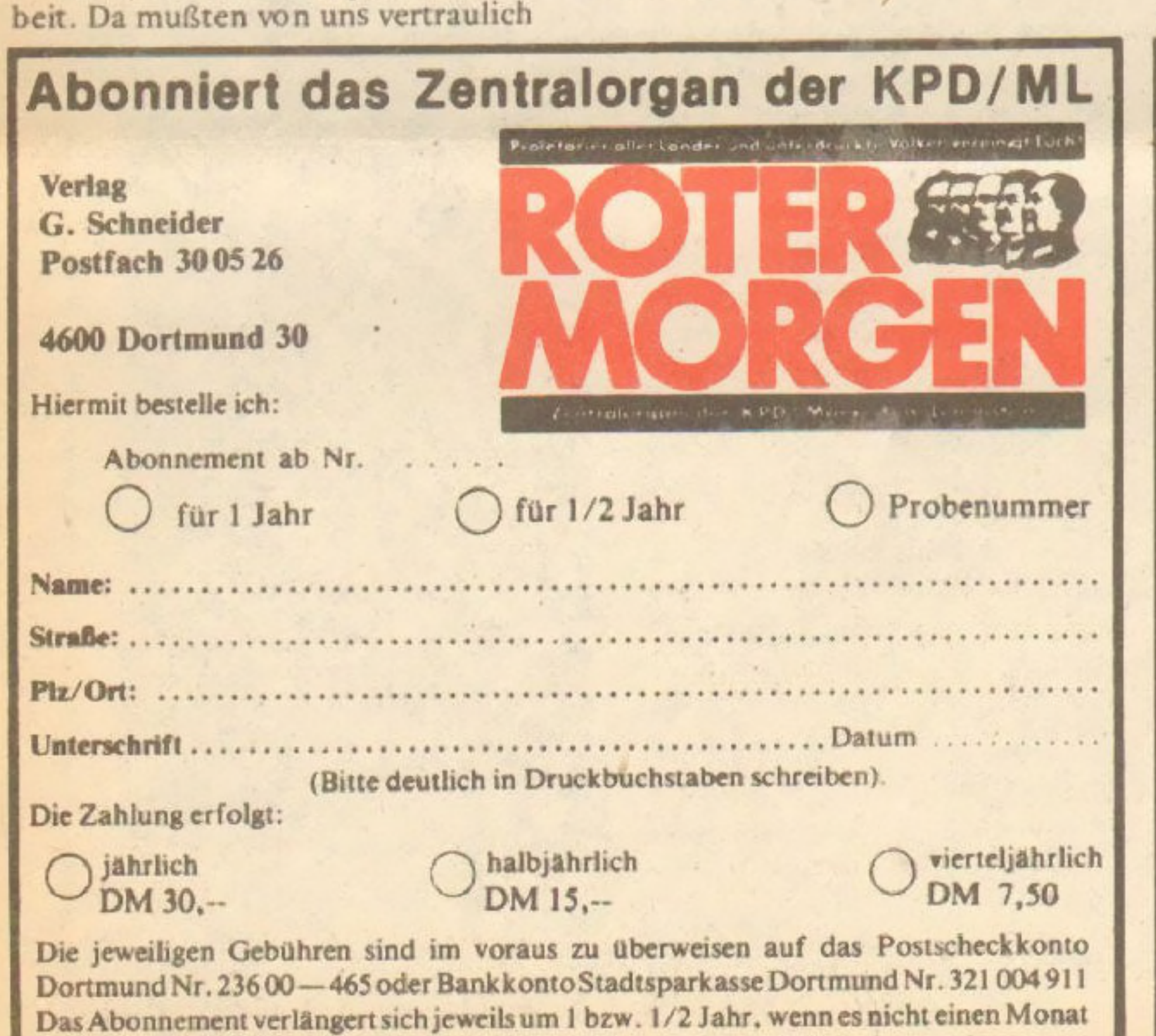
Nestlé

Schuld am Tod tausender Kinder

In Zürich ist der sogenannte „Babykiller-Prozeß" zuendegegangen. Er war von dem Schweizer Nahrungsmittelkonzern Nestle gegen Mitglieder einer „Arbeitsgruppe 3. Welt" angestrengt worden. Die Arbeitsgruppe hatte in einem Bericht nachgewiesen, daß Nestle durch den Verkauf von Flaschennahrung in den Ländern der Dritten Welt Schuld am Tod und der bleibenden Schädigung Tausender von Kindern trägt. (Wir berichteten darüber im ROTEN MORGEN 11/76).

Die Arbeitsgruppe deckte zugleich die üblen Werbemethoden des Konzerns auf. So z. B. die Tatsache, daß Nestle Krankenschwestern engagierte, um die Mütter durch die Autorität des „weißen Kittels" zur Umstellung auf Flaschennahrung zu bringen. Natürlich war und ist Nestle bei all dem bekannt, daß die Saugflaschen infolge der mangelnden Hygiene in diesen Ländern zur Brutstätte von Bakterien und anderen Krankheitserregern werden – Krankheits- und Todesursache für viele Kinder. Alle diese Enthüllungen der Arbeitsgruppe wurden in dem Prozeß durch die Aussagen zahlreicher Zeugen und Sachverständiger überzeugend nachgewiesen, so daß die Anklage von Nestle, das mit dem Prozeß die Verbreitung der Wahrheit verhindern wollte, vollständig zusammengebrochen ist. Im Gegenteil. **Nestle mußte zugeben, daß es die Schuld an Tod oder bleibender Schädigung Tausender von Kindern trägt. Es mußte zugeben, „unethisch und unmoralisch" gehandelt zu haben, es mußte seine skrupellosen Werbemethoden eingestehen. Der Konzern zog seine Klage auf Verbot der Verbeitung in diesen Punkten zurück.**

„Nestle tötet Babies", diese Schlußfolgerung hatte die Arbeitsgruppe aus den Praktiken Nestles gezogen. Das jedoch war für die bürgerliche Klassenjustiz zu viel und sie verurteilte die Angeklagten wegen „Ehrverletzung" zu einer Geldstrafen von 300 Franken. Die kapitalistischen Monopole, Konzerne wie Nestle, das bewies dieser Prozeß erneut, kennen nur eine „Moral" und „Ethik" – die der Jagd nach höchsten Profiten. Dafür sind sie auch bereit, über Leichen zu gehen.



Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift .... Datum ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,– ○ halbjährlich DM 15,– ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○

(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/4399137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5. Tel.: 0621/376744. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/432388. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4652807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln, (Köln 91), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30 Sa 9-13 Uhr. Tel.: 0221 / 85 41 24.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16. Tel.: 0251/65205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.